

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Redaktion und Verwaltung: Prag II., Koflyanska 18. • Telefonen: 26793, 31469. • (Nachredaktionen): 26797 • Postbesand: 57344

11. Jahrgang.

Sonntag, 6. September 1931

Nr. 208.

**Acht: sieben Stimmen gegen die Zollunion.**

## Die Ansichten der Haager Juristen.

**Der Plan im Widerspruch zum Genfer Protokoll. Jedoch nicht zum Friedensvertrag von St. Germain.**

Der Haag, 5. September. Pünktlich um 10 Uhr wurde heute vormittag im großen Sitzungssaal des Haager Friedenspalastes die öffentliche Sitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes zur Bekanntgabe der gutachtlichen Entscheidung des Gerichtshofes im Rechtsstreit um die geplante deutsch-österreichische Zollunion vom Präsidenten Adatschi eröffnet. Obwohl man allgemein dieser Sitzung nicht mehr mit der großen Spannung entgegen sah, mit der dies ohne die bekannten Vorgänge in Genf sicherlich der Fall gewesen wäre, hatte sich doch noch eine außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Zunächst wurde vom Präsidenten die Begründung zu dem damaligen Beschluß des Gerichtshofes, durch den der Antrag Österreichs auf Zubilligung eines Richters ad hoc zurückgewiesen wurde, verlesen. Sodann wurde zur Verlesung des Textes des Entschreibes übergegangen.

Der Völkerbund hatte in seiner 63. Tagung im Mai d. J. über Ersuchen der britischen Regierung die Frage der Vereinbarkeit des österreichisch-deutschen Protokolls betreffend die Schaffung einer Zollunion vom 19. März 1931 mit den internationalen Verpflichtungen Österreichs,

namentlich mit dem Vertrage von St. Germain und mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 einer Prüfung unterzogen.

Nach den entsprechenden Ausführungen der Vertreter der interessierten Staaten und der im Völkerbunde vertretenen Staaten (Henderson, Dr. Schober, Briand, Grandi, Dr. Curtius, Dr. Venes, Marinovic und Hymann) nahm der Völkerbundrat den Antrag Hendersons an und ersuchte den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag um sein Gutachten. Das Ansuchen hatte folgenden Wortlaut: „Wäre das zwischen Deutschland und Österreich auf Grund und in den Grenzen der im Protokolle vom 19. März 1931 festgesetzten Grundsätze, dessen Text diesem Ansuchen beigegeben ist, geschaffene Regime mit dem Art. 88 des Vertrages von St. Germain und mit den in Genf am 4. Oktober 1922 unterzeichneten Protokoll Nr. 1 im Einklang?“

Das heute veröffentlichte Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion kommt zu dem folgenden mit acht gegen sieben Stimmen festgestellten Ergebnis:

„Ein auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundsätze des Protokolls vom 19. März 1931 errichtetes Regime zwischen Deutschland und Österreich würde mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 nicht vereinbar sein.“

### Widerstrebende Anschauungen.

Von den acht Richtern, welche in diesem Sinne ihr Gutachten abgaben, haben sieben anerkennend erklärt, daß nach ihrer Ansicht das vorgeschlagene Regime auch mit dem Art. 88 des Friedensvertrages von St. Germain nicht vereinbar ist. Einer derselben, Anzilotti (Italiener), gab eine vollkommene selbständige Begründung, während die übrigen sechs Richter Guerrero (Salvador), Kostworowski (Polen), Fromageot (Franzose), Altamira (Spanier), Arratia (Columbianer) und Reguledeu (Rumäne) eine gemeinsame Erklärung unterzeichneten, nach welcher das vorgeschlagene Zollunionregime die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs bedrohen könnte und demnach eine Tat wäre, welche geeignet wäre, seine Unabhängigkeit in Gefahr zu bringen.

Andererseits haben sieben weitere Mitglieder des Gerichtshofes, Adatschi (Japaner), Kellogg (Amerikaner), Rolin-Jacquemyns (Belgier), Cecil Hurk (Engländer), Schüding (Deutscher), van Eysinger (Holländer) und Wang (Chineser), ein gemeinsames Sondervotum unterzeichnet, in welchem sie zu dem Ergebnisse gelangen, daß das vorgeschlagene Regime sowohl mit dem Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain als auch mit dem Genfer Protokoll vereinbar ist.

### Das Urteil der Mehrheit.

**Keine Preisgabe der Unabhängigkeit, jedoch Verletzung des Genfer Protokolls.**

Die Begründung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Österreich ist ein empfindlicher Punkt der europäischen Ordnung, und seine Existenz ist ein wesentliches Element der politischen Ordnung in Europa, wie sie seit dem Kriege besteht. Im Jahre dieser Tatsache müßten Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und des Genfer Protokolls geprüft werden, die Österreich allerdings kein absolutes Verbot der Veräußerung seiner Unabhängigkeit auferlegen, sondern ihm lediglich zur Pflicht machen, in gewissen Fällen die Zustimmung des Rates einzuholen. Der Gerichtshof ist aufgefordert worden, zu erklären, ob Österreich ohne Verletzung seiner Verpflichtungen auf Grund der erwähnten Bestimmungen, nämlich des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain und des Protokolls von Genf, diese Union mit Deutschland ohne Zustimmung des Völkerbundes abschließen könnte.

Nach Artikel 88 ist die Unabhängigkeit Österreichs als Aufrechterhaltung seiner Existenz in den gegenwärtigen Grenzen als besonderer Staat, der allein Herr seiner Entschlüsse ist, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, aufzufassen. Unter

### Veräußerung der Unabhängigkeit

ist in dem gleichen Artikel jede freiwillige Handlung des österreichischen Staates zu verstehen, die ihm seine Unabhängigkeit einbüßen läßt oder seinen souveränen Willen demjenigen eines anderen Staates unterordnet. Schließlich muß der Zweck der Verpflichtung Österreichs, sich jeder Handlung, die dazu angetan ist seine Unabhängigkeit zu gefährden, zu enthalten, so aufgefaßt werden, daß jede Handlung ausgeschlossen sein soll, von der man nach vernünftigem Ermessen annehmen kann, daß sie diese Unabhängigkeit in Gefahr bringt. In zweiter Linie hat Österreich

durch das Genfer Protokoll gewisse wirtschaftliche Verpflichtungen übernommen.

Diese Verpflichtungen haben, obwohl sie sich dem Rahmen des Artikels 88 einfügen, einen eigenen Wert und eine selbständige Rechtsverbindlichkeit. Es handelt sich insbesondere um die Verpflichtung, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch zu beeinträchtigen, daß es einem anderen Staat eine Sonderbehandlung oder ausschließliche Vorteile gewährt, die seine Unabhängigkeit zu bedrohen geeignet sind. Was schließlich das Wiener Protokoll betrifft, so erfüllt das darin vorgesehene Regime ohne weiteres die Voraussetzungen einer Zollunion.

Daß die Errichtung dieses Regimes an sich nicht einen Akt der Veräußerung der Unabhängigkeit Österreichs darstellt, kann kaum bestritten werden; denn Österreich hört dadurch nicht auf, innerhalb seiner Grenzen ein besonderer Staat mit eigener Regierung und eigener Verwaltung zu sein,

und wenn nicht mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit, die der geplante Vertrag rechtlich oder tatsächlich vorliegt, so kann man doch wenigstens mit Rücksicht auf die Abhängigkeitsmöglichkeit, daß Österreich juristisch die eventuelle Ausübung seiner Unabhängigkeit behält. Man kann sogar behaupten, wenn man sich auf den Text des Artikels 88 des Friedensvertrages bezieht, daß die

Unabhängigkeit Österreichs im Sinne des genannten Artikels nicht eigentlich gefährdet ist und daß infolgedessen vom juristischen Standpunkt kein Widerspruch zu diesem Artikel besteht.

Dagegen ist es schwer zu leugnen, daß die geplante Zollunion eine „Sonderbehandlung“ darstellt und daß sie für Deutschland gegenüber Österreich „Vorteile“ vorzieht, von denen dritte Mächte ausgeschlossen sind.

Man würde umsonst geltend machen, daß das deutsch-österreichische Protokoll vorsieht, daß Verhandlungen mit jedem anderen Staat, der den Wunsch ausgesprochen hätte, zum Zwecke einer entsprechenden Regelung ausgenommen werden soll. Es ist klar, daß diese Eventualität die unmittelbare Wirkung der Zollunion, wie sie schon jetzt zwischen Deutschland und Österreich geplant ist, voll bestehen läßt. Wenn man schließlich von dem wirtschaftlichen Standpunkt aus, auf den sich das Genfer Protokoll von 1922 gestellt hat, die Gesamtheit des von dem deutsch-österreichischen Protokoll geplanten Regimes betrachtet, so ist es schwer zu behaupten, daß dieses Regime nicht dazu angetan sei, die

wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bedrohen.

### Das Minderheitsvotum.

**Weder mit dem Friedensvertrag noch mit dem Genfer Protokoll unvereinbar.**

In der gemeinsamen Ansicht der Minderheit wird im großen und ganzen die Analyse der entsprechenden Texte, wie sie im Entscheid des Ständigen Internationalen Haager Gerichtshofes enthalten sind, angenommen. Wenn auch die Minderheit zuläßt, wie in dem Gutachten erklärt wird, daß das durch das Wiener Protokoll beabsichtigte Regime keine Veräußerung der österreichischen Unabhängigkeit bildet,

erklärt die Minderheit doch, daß sie in dem Gutachten die Erklärung nicht findet, in welcher Weise das erwähnte Regime diese Unabhängigkeit in Gefahr bringen könnte.

Die Minderheit ist folgender Ansicht: Da der Völkerbundrat ein Gutachten über die Frage der rechtlichen Auslegung der Texte angefordert hat — braucht sich der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag nicht mit politischen Erwägungen zu beschäftigen, noch muß er auf die politischen Konsequenzen Rücksicht nehmen. Damit seine Schlussfolgerungen nicht nur akademischen Wert besitzen, muß sich der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag darauf hüten, was ihm zur Beurteilung vorgelegt wurde. Die Minderheit konstatiert deshalb, daß Art. 88 des Vertrages von St. Germain die Aufgabe hatte, die ununterbrochen existenz Österreichs als selbständigen Staat zu sichern. In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, daß die Unabhängigkeit eines Staates durch die Beschränkung seiner Handlungsfreiheit, durch Beschränkungen, welche er auf sich nehmen kann, insoweit er nicht irgend eines seiner Grundrechte aufgibt, nicht tangiert ist.

Was das Genfer Protokoll anbelangt, ist die Minderheit der Ansicht, daß Österreich darin infolge seiner besonderen Situation die bereits im Artikel 88 des Friedensvertrages von St. Germain übernommenen Verpflichtungen erneuert hat, wobei der Wortlaut etwas geändert wurde, um ihn der gegebenen Lage besser anzupassen. Die Bestimmung des Protokolls, welche Österreich verbietet, irgend einem Staate ein Sonderregime oder besondere Vorteile zu gewähren, wodurch es seine Unabhängigkeit gefährden könnte, bedeuten keine Erweiterung der im Art. 88 des Vertrages von St. Germain enthaltenen Verpflichtungen.

Indem sie die Gründe für diese ihre Ansicht darlegt, gelangt die Minderheit zum Schluß, daß jeder Akt, der eine Verletzung der Verpflichtungen wäre, die Österreich aus dem Protokolle erwachsen, gleichzeitig eine Verletzung des Art. 88 des Vertrages von St. Germain begründen würde und daß daher das beabsichtigte deutsch-österreichische Zollunionregime mit dem Genfer Protokoll nicht unvereinbar sein könne falls es mit dem Art. 88 des Vertrages von St. Germain vereinbar sei.

Die Minderheit könne nicht der Ansicht sein, daß die Zollunion als solche eine Gefahr für die Unabhängigkeit der daran teilnehmenden Staaten bedeuten würde und könne nicht zugeben, daß die im Wiener Protokoll vorgesehene Zollunion mit den Verpflichtungen Österreichs unvereinbar wäre, wenn keine einzige Bestimmung dieses Protokolls mit diesen Verpflichtungen im Widerspruch steht.

## Wahlkampf und nationale Frage

Noch jeder Wahlkampf, der seit 1919 in den böhmischen Ländern ausgetragen wurde, stand zum guten Teil im Zeichen der nationalen Frage. Das gilt für die tschechische wie für die sudetendeutsche Politik. 1923 und 1925 hat das Bürgertum den „nationalen Verrat“ der Sozialdemokratie, diese niederträchtige, schmutzige, Lüge, die je ein bezahlter Feilenschnurere propagiert hat, als seinen Hauptwahlkampf spielen lassen. Weil wir eine „Einheitsfront“ mit den Parteien ablehnten, deren Politik uns eine kaum geringere Gefahr für den sozialen und kulturellen Bestzustand des deutschen Volkes schien als die Politik der tschechischen Bourgeoisie, weil wir in der Sprengung und nicht der Vereinerung der nationalen Fronten den Ausweg aus unserer Position als isolierte, belagerte Minderheit erblickten, haben sie uns, angefangen von den Agrariern und Industriellen, die unter dem Tisch längst Geschäfte mit den tschechischen Klassengenossen schoben, über die national wie sozial gestimmungslossten Merkmalen bis zu den Nationalsozialisten und den Sümpfparteiern mit dem Treck betworfen, den ihnen der Schläger vom sozialdemokratischen Nationalverrat lieferte. Dann kam der Bürgerblock und es kamen die Wahlen von 1927, 1928 und 1929, in denen das verlogene Argument auf weiten Strecken versagte, weil die Herren, die sich seiner bedienen, inzwischen die „Totengräberarbeit“ an der deutschen Selbstverwaltung besorgt hatten.

1929 trat die Sozialdemokratie in die Regierung ein, unter anderen Voraussetzungen als seinerzeit die Deutschbürgerlichen; nun glaubten sie, werde ihr Weizen wieder blühen; nun würden sie, belastet zwar mit der Sündenschuld ihrer ausbeuterischen Klassenpolitik, dennoch wieder die Weise vom nationalen Verrat der Sozialisten können. Die Gemeindefragen sind die erste Gelegenheit, bei der sie sich betätigen können. Schon erklingt das alte Lied, schon sind sie sich wieder darin einig, daß die Sozialdemokraten nationale Verräter sind, oder zumindest „nichts erreicht“ haben.

Wollen wir uns mit den Propagatoren dieser schiefen Demagogie auseinandersetzen, so müssen wir unterscheiden zwischen denen, die durch ihre Politik im Bürgerblock ein für allemal das Recht, zu kritisieren, überhaupt verweigert haben, und zwischen denen, die sich als unentwegte Opposition und verlässliche Hüter der nationalen Güter empfohlen halten. Mit jenen — Christlichsozialen und Gewerkeparteilern, da der Landbund doch kaum die Kühnheit aufbringen wird, sich mit seiner „nationalen“ Haltung in uns zu reiben — wird man nicht viel Federlesens machen. Einem politischen Sündenadel wie dem Mahr-Harting, einem Beschaffen wie dem Hilgenreiner wird man mit allen nötigen Mitteln zeigen, daß eine Partei, die der Verwaltungsreform und dem Gemeindefinanzgesetz, der Verlängerung der Militärdienstzeit und dem Rüstungsfonds, die einem halben Dutzend antisozialer und somit auch antinationaler Gesetze zugestimmt hat, sich schleunigst zu salbieren und auf jeden Fall das Maul zu halten hat, wenn für die Butter auf ihrem Kopfe Gefahr im Verzuge ist.

Da sind aber noch die Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Sie wollen den Wählern einreden, daß die Sozialdemokraten genau so „versagt“ haben wie die Bürgerblockparteien. Sie stellen sich als die „Ahnenträger der sudetendeutschen Selbstverwaltung“ vor, die wir nicht erringen könnten. Wir werden auch diesen Herren die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die nationale Frage ist in diesem Staat ungelöst. Wer hat die Schuld daran? Bürgerliche oder Sozialisten? Wir haben immer den Gedanken vertreten, daß der nationale

Ausgleich nur das Ergebnis der Sprengung der nationalen Fronten, nur ein Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes und der Verständigung der Arbeiter beider Nationen sein könne. Kann man uns vorwerfen, daß diese Verständigung auf sich warten lasse? Nein, seit dem Kongreß von Smichov haben tschechische und deutsche Sozialdemokraten gemeinsam gearbeitet, im Gedankenanstreng über die gemeinsamen Interessen auch klar und eindeutig festgelegt, welchen Weg sie in den nationalen Fragen einschlagen wollen. Das Programm der tschechischen Sozialdemokraten, beschlossen auf dem Kongreß in Prag, fordert die demokratische Selbstverwaltung in „national möglichst einheitlichen Bezirken und Gauen“, es fordert die Kulturautonomie der Minderheiten, deren Schutz gegen behördliche Uebergriffe, die Regelung des Sprachgebrauches nach Zweckmäßigkeitsgründen. Es liegt nicht an den tschechischen Sozialdemokraten und nicht an uns, wenn dieses Programm noch nicht Gesetz werden konnte. Wenn die Wähler der Sozialdemokratie beider Nationen die Macht geben werden, ihren Willen gegenüber dem Widerstand der agrarischen, merkantilen und nationalsozialistischen Bourgeoisie durchzusetzen, wird die Selbstverwaltung, wird die Kulturautonomie Wirklichkeit werden. Schon jetzt zeigt sich die Tendenz zur nationalen Autonomie an den Verwaltungsakten der sozialdemokratischen Minister, an der Pflegebesuchs-Verordnung des Genossen Czoch, der Verordnung des Genossen Reichner über Schulaufsicht und Schulerziehung, an der Verordnung des Genossen Dözer über die Elternräte. So bescheiden diese Erregungenschaften sind, was hätte die Bourgeoisie, das sie mit ihnen vergleichen könnte? Daß die Abgeordneten unter den Altpensionisten, vom Bürgerblod um ihre Ansprüche geprellt, durch unsere Wirksamkeit die Gleichstellung und erhöhte Bezüge erhielten, daß die durch Antennismus der Staatsprache „disqualifizierten“ Angestellten die Weihnachtzulage erhielten (als einen „Präfixum“ unserer Politik hatte das der nationalsozialistische „Tag“ bezeichnet, so lange er hoffte, daß wir es nicht erreichen würden; nachher schwieg er natürlich), daß unter der Ministerkastei Dözers 200 deutsche Schulklassen neu eröffnet wurden, das sind, gemessen an den Wünschen der sozialdemokratischen Parteien vielleicht Lappalien, gemessen an den Erregungenschaften unserer Bourgeoisie aber Taten, die sich sehen lassen können.

Darüber hinaus aber gibt es kein durch unsere Mitwirkung zustande gekommenes Gesetz, keine durch unsere Absichten bestimmte Tendenz in irgendeinem Gesetz, die nicht der Masse des deutschen Volkes zugute kämen. Wir sind in der Zeit der beginnenden Krise in die Regierung eingetreten. Wir bekennen uns dazu, daß wir nicht nationale Prestigepolitik gemacht, sondern die Bekämpfung der Krise allen anderen Aufgaben vorausgestellt haben. Aber haben nicht die Ursachen, die uns jetzt „Verjagen“ vorwerfen und sich mangels einer andern Funktion als „Fahnenträger“ präsentieren, selbst immer wieder betont, daß die Krisenopfer zur guten

hälfte Deutsche sind? Wo ist der Bube, der es leugnen will, daß jede unserer sozialen Erregungenschaften, daß die gute Hälfte der Bevölkerung Czoch zur Bekämpfung der Krise aufgebracht hat, dem sozialen und kulturellen Lebensstandard der deutschen Bevölkerungsgeschichten zugute gekommen sind und zwar jenes Teiles der deutschen Bevölkerung, der Zahm und Diffe nötig hat.

Die Bürgerparteien haben die deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Arbeitsbauern, Gewerksleute durch Massensteuern belastet, ihrer Selbstverwaltungstellen beraubt, um dafür die Profite einiger hundert deutscher

Kapitalisten zu mehren. Die Sozialdemokratie hat Hunderttausenden deutscher Arbeitsloser, Pensionisten, Invaliden und auf mannigfache Weise den drei Millionen arbeitenden Menschen des sudetendeutschen Volkes geholfen. Wir wissen, daß sich die nationale Politik nicht in der Sozialpolitik erschöpft, aber wir behaupten, daß Sozialpolitik die Grundlage jeder Nationalpolitik ist und an dieser Grundlage, von der die Bürgerparteien mächtige Stütze abgetragen haben, hat die Sozialdemokratie gebaut, an ihr vor allem wird sie weiterbauen, wenn ihr die Wähler die Macht dazu verleihen!

## Schober und Curtius vor dem Sturz.

Bernichtende Kritiken von allen Seiten.

Berlin, 5. September. (Eigenbericht.) Der für Deutschland so blamable Ausgang der Aktion für die deutsch-österreichische Zollunion wird voraussichtlich seine Nachwirkungen haben. Nach der Reichspresse, die den Rücktritt Dr. Curtius fordert, erklärt jetzt auch die „Germania“, das führende Organ der Zentrumspartei, daß sie sich zwar nicht in die Debatte um Dr. Curtius einmischen wolle, weil er noch als deutscher Außenminister in Genf sei und dort Deutschland vertrete. Aber nach der Genfer Tagung werde man sich mit den Fragen beschäftigen, die durch die Zollionsdebatte aufgeworfen worden sind.

Auch in der Deutschen Volkspartei herrscht große Unzufriedenheit über Dr. Curtius, obwohl er selbst dieser Partei angehört. Es wird in der volksparteilichen Presse sogar behauptet, daß Deutschland Österreich im Stiche gelassen hat. Außerdem wird Curtius zum Verräter gemacht, daß er nicht gewartet hat, bis das Urteil des Saager Gerichtes bekannt wird.

Die sozialdemokratische Partei hat

nie ein Wort daraus gemacht, daß sie die Qualitäten Dr. Curtius' nicht allzu hoch eingeschätzt hat. Sie hat sich auch gegen die Art gewandt, in welcher die Zollions-Aktion eingeleitet wurde. Sie hat also keine Ursache, Curtius zu loben, wird es aber wohl den anderen Parteien überlassen können, ihn zu Fall zu bringen.

Wien, 5. September. Bundeskanzler Buresch äußerte sich zu einem Mitarbeiter der „Wiener Mittagszeitung“ über das Rücktrittsgesuch Dr. Schobers folgendermaßen: Es ist tatsächlich richtig, daß Dr. Schober mir vor seiner Abreise nach Genf kein Rücktrittsgesuch überreicht hat. Ueber das Weiterbleiben Dr. Schobers im Kabinett kann erst nach seiner Rückkehr aus Genf entschieden werden. Derzeit sind noch alle Versionen als zuzunehmen den Ereignissen voraussetzend zu bezeichnen. Erst nach Rückkehr Dr. Schober werden eingehende Beratungen im Schober der Regierung über die Stellung Dr. Schobers entscheiden.

## Flandin gegen Litwinow

in der Frage des wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes.

Genf, 5. September. Die heutige Sitzung des Europausschusses war zum großen Teil ausgefüllt von einer mehrstündigen Erörterung über das Verfahren hinsichtlich des wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes, der im Mai von der russischen Delegation vorgeschlagen war. Der Vorsitzende Motta regte die Verweisung dieser Frage an das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes an. Litwinow widersprach dem auf das entschiedenste und beantragte, den Zehnerausschuß der wirtschaftlichen Sachverständigen oder einen Sonderausschuß, jedenfalls aber ein Organ des Europausschusses mit der Prüfung der Frage zu beauftragen. Reichsaußenminister Dr. Curtius schloß sich der Auffassung Litwinows an und machte den nach einer langen Debatte schließlich angenommenen Kompromißvorschlag, daß schon jetzt beschlossen werden soll, ein Sonderkomitee zur Prüfung der mit dem russischen Vorschlag eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes zusammenhängenden Fragen so bald als möglich nach Billigung dieses Vorschlages durch die Völkerbundversammlung einzusetzen. Der französische Finanzminister Flandin erklärte, Frankreich gebe sich nicht dazu her, daß ein auf besonderer Grundlage beruhendes Wirtschaftssystem sich durch einen geschickt formulierten Pakt die Mög-

lichkeit schaffe, gegenüber berechtigten Administrativmaßnahmen anderer Länder als das unschuldige Opfer zu erscheinen und sich jederzeit hinter sein Außenhandelsmonopol zu verschließen.

## Sabotage der spanischen Großgrundbesitzer.

Madrid, 5. September. Im Hinblick auf die Unsicherheit bezüglich der Bodenreform und teilweise auch unter dem Einfluß der regierungsfeindlichen Kampagne lehnen es viele Grundbesitzer in verschiedenen spanischen Provinzen ab, die Felder bebauen zu lassen. Da ernste Befürchtungen gehegt werden, es könnte im nächsten Jahre ein Mangel an Getreide und landwirtschaftlichen Produkten überhaupt eintreten, hat die Regierung eine Verordnung erlassen, worin die Grundbesitzer aufgefordert werden, die Feldarbeiten ungestört fortzusetzen, wobei erklärt wird, daß sämtliche mit der Aussaat verbundenen Kosten unter allen Umständen voll honoriert werden.

## Streiks in Barcelona und Saragossa beendet.

Madrid, 4. September. Der Innenminister Maura teilte mit, daß bei einer Belagerung von Anarchisten im Gewerkschaftshaus der Bauarbeiter in Barcelona, die sich schließlich er-

## Zusammenfluß in der internationalen Freidenkerbewegung

Kongreß des Deutschen Freidenkerbundes.

Berlin, 5. September. (Eigenbericht.) Heute wurde im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses der Kongreß des Deutschen Freidenkerbundes mit einer Ansprache des Vorsitzenden Gen. Magziewer eröffnet. Der Saal ist mit rotem Fahnenstich geschmückt, an der Front ist eine Büste von Karl Marx aufgestellt. Zahlreiche Delegierte von Freidenkerverbänden des Auslandes nehmen an dem Kongreß teil, von deutschen Organisationen auch der „Deutsche Arbeiterbund“.

In der Freidenkerbewegung befanden bisher neben der Moskauer kommunistischen Freidenkerinternationale die vor 50 Jahren gegründete „Federation internationale de la librepense“ mit dem Sitz in Brüssel, und die „Internationale der proletarischen Freidenker“. Die der Vorsitzende unter lebhaftem Beifall mitteilen konnte, ist im Laufe des heutigen Tages ein positives Ergebnis der zwischen den beiden nichtkommunistischen Internationalen geführten Einigungsverhandlungen erreicht worden. Vom 1. Jänner 1933 werden die beiden Internationalen zu einem Bunde verschmolzen. Im Namen der sozialdemokratischen Partei begrüßte Reichstagsabgeordneter Künzler und Landtagsabgeordneter Meier den Zusammenfluß der beiden Organisationen.

geben mußten, zwei Personen getötet und acht verwundet worden seien, und zwar als eine Vollmenge die Polizei angriff, die eine größere Anzahl Verhafteter abführte. Bei diesem Zusammenstoß hätten fünf Gefangene wieder entkommen können. Am 19. Ubr wurde in fast allen Stadtvierteln von Barcelona geschossen. Die Polizei hat in den Straßen Waffen aller Art aufgesammelt, die von den Anarchisten weggeworfen worden waren. Im übrigen hat das Streikkomitee in Barcelona die Wiederaufnahme der Arbeit morgen angedeutet. Auch in Saragossa ist der Zustand beendet.

## Die Lage in Chile verschärft sich

Vor der Bombardierung der Flotte.

New York, 5. September. Associated Press meldet aus Santiago de Chile, daß heute von verschiedenen Marinestationen zwischen Talcahuano und Coquimbo Bombenflugzeuge abgelassen sind, um die dort liegende meuternde Flotte zu bombardieren, nachdem letztere ein gestern abends an sie gerichtetes Ultimatum, sich zu ergeben, ignoriert hatte.

## Wenn Stahlhelmer sich unterhalten.

Dortmund, 5. September. Der Jungstahlhelmer Koop wurde gestern abend beim Betreten der Geschäftsstelle des Stahlhelmers erschossen. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Koop von einem seiner Kameraden erschossen worden. Koop befand sich mit den beiden Stahlhelmer Lasse und Lüdicke im Hausflur des Stahlhelmerhauses, wo sie mit einem Revolver hantierten. Blötzlich ging ein Schuß los, durch den Koop so unglücklich getroffen wurde, daß der Tod kurz darauf eintrat. Der Schütze Lüdicke zog sich durch den Schuß selbst eine Handverletzung zu.

## Pfeile aus dem Jenseits.

Von Hans-Herbert Varlen.

Copyright Greiner & Co. Berlin NW. 6.

„Sind diese Kugeln nicht um Paarsbreite an mir vorbeigefahren? Wer sah über den Giftpfen? Wer...“

„Es genügt mir. Und trotzdem... Warum notieren Sie denn in Ihren Aufzeichnungen Bings seltsame Äußerung an jenem Abend, als er sich vor dem benennenden Lundberg-Palais von Ihnen verabschiedete und dem stehenden Negor nachstürzte. Nach Ihren Aufzeichnungen sagte er Ihnen: ... Zeilen Sie unbesorgt. Es wird Ihnen nichts mehr passieren. Mein Wort darauf! ...“

„Ja, es war seltsam. Es passierte mir auch nichts mehr! Ich frage mich auch noch heute, wie er das wissen konnte...“, rief Clay erregt aus.

„Er konnte es wissen, denn mit ihm ging ja auch der Grund all jener Angriffe fort. An Ihnen hatte niemand Interesse...“, sagte Davis eindringlich.

„Die Angriffe galten also noch Ihrer Meinung, Davis, nicht mir?“

„Nein!“

„Sondern...“

„Bing!“ Dies Wort warf Davis hin wie einen Pfeilschiffchen. Clays Augen wurden unsicher aber ungläubig. Er fragte mehr sich als Davis:

„Bing? ... Warum angedroht Bing? Er war nur mein Begleiter!“

„Er war der Feind, den alle wie den Teufel fürchteten. Er war der Unsichtbare! Er war die Geißel! Er war die tödende Hand Afrikas! Er war der...“ Davis Worte knatterten wie ein Gewehrfeuer über Clay hin

Aber Clay lachte. Er lachte aus vollem Halse. Er lachte, daß ihm die Adern schwoollen. Er lachte jetzt förmlich unter Prusten.

„Jetzt vollenden Sie Ihren Satz noch Davis. Er war der...“

„Kluger!“

„Das war er auch!“, sagte Davis und wandte sich gleichmütig von dem lachenden Clay ab, um sich mit der Kaffeekanne zu beschäftigen.

Clay aber rief:

„Ich habe manchen Wit gehört. Dieser jetzt allen die Krone auf. Alles dürfte kommen. Nur dies nicht! Wenn es kein Wit sein soll, Davis, gestatten Sie mir, daß ich Sie den größten Karren nenne, denn ich je begegnet bin. Ich gebe zu, Sie sind intelligent! Gewiß! Sie haben mir auch manchen Dickschiss geleistet! Aber jetzt scheinen Sie mir von einem Wahn gepackt zu sein. Wie gab es einen Menschen mit einer weiteren Haut. Ich kenne auch seine Fingernägel. Nicht ein Atom Klauens unter diesen Nägeln! Wäre er ein Halbkaff, müßte er unter den Fingernägeln dunkel sein.“

Davis blieb unerschüttert:

„Sie irren, Clay! Es gibt seltsame Naturspiele. Es gibt nur ein einziges wirklich sicheres Anzeichen und das ist ein feiner blauer Strich an den Rückenwirbeln herunter. Dieser feine Strich war auch bei Bing zu finden. Darum mein Mandover auf der Pinnasse, das Sie nicht verstanden.“

„Der Teufel!“

„Im übrigen hat er mir alles selbst erzählt.“

„Aber zum Henker, warum hat er denn diese verd... Tragödie in Szene gesetzt?“

„Rache!“

„Was hatte man ihm getan?“

„Nun, der Commander, mein lieber Clay, hat Sie ein wenig beschwändelt. Es ist wahr, daß er Offizier in den Kolonien war. Nicht nur er, sondern seine beiden Brüder auch...“

„Ja, denn Torre, Lundberg und der Commander sind Brüder!“

„Aber, Davis, warum verheimlichten Sie denn das?“

„Weil der Rachezug gegen die Da-ri-hags, von dem der Commander Ihnen wahrscheinlich so schön erzählte, nicht ein Rachezug, sondern ein Raubzug war. Der Vater Bings war einer jener Abenteuerer, an denen die Welt vor fünfzig Jahren noch reich war. Er kam nach einem Leben voll Abenteuer zu den Da-ri-hags. Durch irgandwelche Umstände blieb er bei ihnen. Er heiratete die Tochter des Königs der Da-ri-hags. Sie war eine Schwarze...“

„O Gott“, sagte Clay und verzog den Mund. „Wie kann ein Weißer eine Niggerin heiraten?“

Davis lächelte nur spöttisch.

„Verbreiter Polizeichef! Sie würden es gewiß nicht tun. Aber solche Mißheben sind ja nichts Seltenes. Im übrigen brachte sie ihm nicht nur ein Königreich, sondern einen großen Schatz ganz ungewöhnlich prächtiger Diamanten mit in die Ehe. Der alte Da-ri-hag-König hatte eine prächtige Fundstelle entdeckt...“

„Donnerwetter! Ich beginne zu begreifen! Und diese Diamanten...“

... waren im Grunde genommen die Ursache der Kämpfe, die zwischen den Da-ri-hags und den Offizieren jener Kolonialtruppe, die dort kolonisierten, ausbrachen. Die Offiziere vernichteten planmäßig die Da-ri-hags, um sich selbst in den Besitz des großen Diamantenschatzes zu setzen.“

„Sanz so hat der Commander mir das nicht erzählt. Von den Diamanten hat er überhaupt völlig geschwiegen!“

„Das mußte er auch, Chef, denn die Offiziere jener Truppe hatten nicht einmal ihrer Regierung darüber berichtet. Die Kolonialtruppe war ein Soldnerheer. Auch die Offiziere...“

Söldner. Verbeigewirbelt aus allen Weltgegenden. Ohne Moral und Charakter. Abenteuer waren sie alle. Es gab keinen Weg zu Macht und Reichtum, den diese Leute nicht beschritten hätten.“

„Sie wollten also noch Ihrer Erklärung die Diamanten allein für sich behalten?“

„Gewiß, so war es und ich zweifle an Bings Erklärung keinen Augenblick. Er war bis auf dieses ein krankhaftes Gefühl der Rache an den Mördern seines Stammes und noch vielmehr an den Mördern seines Vaters, ein anständiger Herr. Jedenfalls kein Lügner.“

Stupelloses vernichteten sie die Da-ri-hags. Nur einer entkam mit dem Knaben des Königs. Es war kein Da-ri-hag, sondern ein Jüder, der die rechte Hand des weichen Königs gewesen war. Dieser Ah-Bing war es auch, der Bing von Klein auf an systematisch für die Rache vorbereitete...“

„Aber Davis, wenn Sie alles wissen, wer jandte denn diese furchtbaren Pfeile in Afrika?“

„Das war Ah-Bing. Er zeichnete auch die Offiziere des Korps alle mit jenem furchtbaren Todesmal der Da-ri-hags. Nachdem die Offiziere sich in den Besitz des Diamantenschatzes gesetzt hatten, vernichteten sie die letzten kläglichen Reste der Da-ri-hags, die sich in eine Höhle zurückgezogen hatten, daß sie auf Anraten der drei Brüder Carruther den Eingang zu der Höhle, den ein riesiger alter Baum bildete, anzündeten... Die armen Da-ri-hags wurden im wahren Sinne des Wortes bei lebendigem Leibe gebraten...“

„Warum erzählte der Commander denn die Sache so geheimnisvoll. Die Offiziere wollen selbst nicht gewußt haben, wie diese seltsamen Male auf ihren Körper kamen?“

(Fortsetzung folgt.)

### Die Notstands- und Investitionsarbeiten zur Vinderung der Arbeitslosigkeit.

Von der Landeszentrale für Arbeitsvermittlung für Nordböhmen (Reichenberg) wird uns geschrieben:

Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit besonders bei den Bau-, Tag- und Hilfsarbeiten werden die sogenannten Notstandsarbeiten, das sind öffentliche Arbeiten, auf welche das Ministerium für soziale Fürsorge den Unternehmern bestimmte Beiträge unter dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge gewährt, durchgeführt. Bei diesen sollen hauptsächlich solche Arbeiter beschäftigt werden, die sonst auf die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeiträge, oder auf die staatliche Ernährungskassen angewiesen sind, oder deren begrenzter Familien Lebensunterhalt bedroht erscheint. Mit dem, was sonst als Unterstützung angesehen werden dürfte, soll zur Durchführung produktiver Arbeit beigetragen werden. Die Evidenz der Arbeitslosen liegt in den Händen der Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung und es ist daher nur eine Selbstverständlichkeit, daß die für diese Arbeiten notwendigen Arbeiterkraft durch diese Anstalten aufgenommen werden soll. Dies beweist auch der Umstand, daß bei den Gesuchen um die Gewährung der Beiträge aus dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge die Verzeichnisse der erwünschten Anstalten über die Lage des Arbeitsmarktes aus der letzten Zeit beigelegt werden und daß diese Anstalten auch die Lohnlisten der bei den Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter beifügen sollen.

Als Arbeiten zur Vinderung der Arbeitslosigkeit werden auch die Investitionsarbeiten des Staates, der Länder, der Bezirke und der Gemeinden bezeichnet. Die beiden erstgenannten werden mit der Bedingung vergeben, die Arbeiterkraft durch die Bezirksanstalten aufzunehmen, bei den Arbeiten der Bezirke und der Gemeinden kann ein ähnlicher Vorgang als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden, umso mehr, weil eine große Reihe dieser Arbeiten mit den Notstandsarbeiten identisch ist. Falls diese Arbeiten wirklich zur Vinderung der Arbeitslosigkeit beitragen, so müßte sich dies vor allem in den Bezirksarbeitsvermittlungsanstalten zeigen, wo die Arbeitslosen in Evidenz geführt werden. Leider wird die Arbeiterkraft doch noch nicht überall durch die Anstalten aufgenommen.

In der letzten Zeit wurden wieder in vielen Fällen Beiträge zur Durchführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Seit dem Anfang der produktiven Arbeitslosenfürsorge, also annähernd im Laufe eines Jahres, wurden in Nordböhmen für 500 Arbeiter 9.887.100 K bewilligt. Eine Reihe von diesen Arbeiten konnte jedoch nicht rechtzeitig beendet werden; es wurde um Verlängerung der Frist angefragt und wurde auch eine Reihe solcher Gesuche günstig erledigt. Die Verzögerungen bei der Durchführung der Arbeiten entstanden zum Teil deswegen, weil die nötigen Vorbereitungen nicht fertig waren, weil auf die Genehmigung gewartet werden mußte, weil nicht genügend Geld zur Verfügung war, mancherorts aber auch deswegen, weil die Arbeiten in der Zeit, wo doch eher andere Arbeiten — wenn auch nur vorübergehend — gefunden werden konnten, unterbrochen und für die Zeit der verhörferten Wirtschaftslage aufgeschoben wurden. Dies war auch bei manchen Investitionsarbeiten der Fall, von denen in Nordböhmen im Laufe des heutigen Jahres 1106 mit dem Aufwande von 157.024.130 K registriert erschienen. Auch hier müßte sich bei der Meldung von Stellen in den Anstalten der Erfolg der Vinderung der Arbeitslosigkeit mehr zeigen als bis jetzt, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß viele von diesen Arbeiten eigentlich auch schon unter den Notstandsarbeiten erscheinen.

Es kann nicht behauptet werden, daß die Bezirksarbeitsvermittlungsanstalten nicht in der Lage wären, geeignete Leute zuzuwenden, weil heute fast alle Arbeitslose gemeldet sind, was auch die Anzahl derjenigen mit Ende Juli beweist, wo es sich in Nordböhmen um 88.091 ganzjährig Arbeitslose handelte. Die Anzahl der gegenwärtig Angeordneten wird kaum niedriger sein. Es wäre nur noch zu bemerken, daß die Notstands- und Investitionsarbeiten keinesfalls als irgendwelche ganz außerordentliche Arbeiten betrachtet werden können; es müssen überall die finanziellen Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden.

Die Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung erlauben daher wiederholt alle Unternehmer sowie Durchführer solcher Arbeiten, die Arbeiterkraft mit Rücksicht auf die gesetzlichen und anderen Bestimmungen sowie im Interesse der Zentralisierung des Arbeitsmarktes und der Erleichterung der Unterbringung der Bedürftigen sowie im Interesse der Evidenz der Arbeitslosen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der nötigen Unterbringungsmassnahmen die Arbeiterkraft bei den Anstalten rechtzeitig anzusprechen und durch sie aufzunehmen. Ein ähnliches Aufsehen riefen sie auch an alle sonstigen Arbeits- und Dienstgeber, die irgendwelche Arbeits- oder Dienstkräfte benötigen. Die Vermittlung erstreckt sich auf alle Berufe und ist vollkommen unentgeltlich.

**Achtung, Landpost!** Die „Deutsche Landpost“ bringt die Nachricht, daß die Uchadische Großeinlaufgesellschaft für Konsumvereinsfiskulare Weizeneschäfte mit Augustowien gestiftet und dabei zehn Millionen Kronen verloren habe. Diefelbe Nachricht brachte schon früher der „Kositzke Post“ wiederum, daß wie über diese Angelegenheit nicht schreiben, so wird sie in nächster Zeit noch andere Wunder erleben.

## Bergeht nicht die Christlichsozialen!

### Die volksfeindlichste und unverschämteste Partei.

#### „Das Jammern über den Verlust der nationalen Selbstverwaltung“.

Die unheilvollen Folgen des Gemeindefinanzgesetzes von 1927 sind heute unbestritten. Unbestritten ist auch, daß die Leidtragenden nur die arbeitenden Schichten sind, da durch das Gemeindefinanzgesetz alle Volkswohlfahrt erschlagen wurde. Es hat auch niemand mehr den Mut, dieses verderbliche Gesetz zu verteidigen, nur einzig allein die Christlichsozialen, die heute die ungläubliche Freiheit aufbringen, dieses Gesetz zu loben. So schreibt das christlichsoziale Blatt: „Das Volk“ in seiner Nummer vom 3. September folgendes:

„Und nun regnet es auf den tüchtig-deutschen Bürgerblut, dessen ersparten Notpfennig von einigen Milliarden Kronen die vor-grüne Klassenregierung in kürzerer Zeit, als er zur Ansammlung brauchte, verpulvert hat. Das Sparen schmeckt ihnen nicht, daher zieht denn auch die ganze rote Front gegen das Gemeindefinanzgesetz los. Daß es äußerst rigoros war, leugnet heute niemand, aber jeder Steuerträger weiß heute, daß es eine Abwehr gegen die sozialdemokratische Geldverleumdung war, die in letzter Zeit eine ganze Reihe von Gemeinden vor den Konkurs getrieben hatte.“

Die Erfahrung hat gelehrt: wo eine sozialdemokratische Gemeindegemeinschaft besteht, da gibt es Defizite oder Defizite, da wird aus dem Vollen gewirtschaftet. Wenn das Gemeindefinanzgesetz auch übermäßig hart war, das eine Gute hat es doch gehabt, die sozialdemokratische Sozialdemokratie einzudämmen. Insofern hat also die Gemeindegemeinschaft ihre schwerste politische Bedeutung, denn jeder Wähler weiß: fällt die Wahl rot aus, dann werden die Klassen geplündert. So ist also das Jammern über den Verlust der nationalen Selbstverwaltung aus dem Munde der Sozialdemokraten zu verstehen.

Während sich die tschechischen Sozialdemokraten hauptsächlich auf das Spargesetz stützen, das heute zeitgemäßer ist denn je.

Die arbeitende Bevölkerung, die die unheiligen Folgen des Gemeindefinanzgesetzes die ganzen Jahre auf ihrem Körper verspürt hat, wird den Herrschaften wohl die verdiente Antwort geben.

Das Wort vom „Jammern über den Verlust der nationalen Selbstverwaltung“, diese ordinäre Verhöhnung der deutschen Bevölkerung, die seit Jahren vorgekommen ist, wird den Christlichsozialen nicht vergessen werden.

#### Die Christlichsozialen gegen die Autonomie der Bezirke.

Eine der ärgsten sozialen und nationalen Folgen der Verwaltungsreform ist die Beseitigung der Autonomie der Bezirke. Es ist daher ganz natürlich, zu erinnern, wie das Zentralorgan der deutschen Christlichsozialen, die „Deutsche Presse“, die Verbürokratisierung der Bezirke seitens der Christlichsozialen, die seit Jahren vorgekommen ist, wird den Christlichsozialen nicht vergessen werden.

#### Internationaler Krankenkassentag.

Die Samstagsfeier war den ganzen Tag hindurch den Arbeiten dreier Kommissionen gewidmet, und zwar der Kommission für die Frage des Einflusses der Wirtschaftskrise auf die Versicherung, der Kommission für Wäckerkuren und der Kommission für die Krankenversicherung öffentlicher Angestellter. Die Arbeitsergebnisse dieser Ausschüsse werden in Resolutionen zusammengefaßt, die der am Sonntag stattfindenden Plenarsitzung des Kongresses vorgelegt werden.

Die Resolution der ersten Kommission bringt die Bedeutung und die Aufgabe zum Ausdruck, welche die Krankenversicherung in der Volkswirtschaft spielt, sowie die Wirkungen der Wirtschaftskrise und schließlich mit der Forderung, dieser Institution nicht die Mittel vorzuziehen, die dabei demnach mit der größten Sparsamkeit und unter Berücksichtigung der Selbstverwaltungsaufgaben geleistet werden muß.

In einer weiteren Resolution wird die Forderung des Erfordernisses der Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten zum Ausdruck gebracht, deren Bezüge nicht derart sind, um für Erparungen im Krankheitsfall hinzureichen.

#### Was eine sozialdemokratische Gemeinde leistet!

Rothau ist eine Industriegemeinde mit 3692 Einwohnern, dessen Bevölkerung sich zu 80 Prozent aus Arbeitern zusammensetzt, von denen ein großer Teil in den Eisenwerken Rothau beschäftigt war. Seit dem 15. Juli 1931 ist es durch den Richterspruch der Aktionäre des Werkes zu einer der ärmsten Erzgebirgsgemeinden geworden. Dadurch ist der Gemeinde die schwere Aufgabe zugefallen, die allerhöchsten Folgen dieser entstandenen Arbeitslosigkeit zu lindern. Die Gemeinde hat in der Zeit vom 1. September 1930 bis 31. August 1931 verausgabt: an Notstandsarbeiten 122.008 Kronen, für den Straßenbau Rothau-Hochparth 633.092, für Unterstufungen an Arbeitsstelle 24.522, für Unterstufungen durch das Eisenwerk 432.747,36, für Unterstufungen der Werkverpflichteten 72.700, Weihnachtsgabe für Werkarbeiterkinder 31.350, für Schulkinder-

in die Bezirks- und Landesvertretungen einen Artikel, in dem die restlose Beseitigung der Bezirksautonomie jubelnd begrüßt wurde. Es heißt da:

Werden die ungeheuren Viedertlichkeiten in den Bezirksverwaltungscommissionen an den Schäden erkennen, die revolutionsbegeisterte Gemeindevorstreitungen unter der Patronanz der erwähnten Aufsichtsbehörden unserer Landwirtschaft, dem Handel und Gewerbe, unserer Industrie und vor allem der Gestaltung unseres Volkslebens überhaupt zugefügt haben, dann dürfen wir nicht mehr von Nachsicht oder Strafe reden, dann haben wir in der Verwaltungsreform und auch in den autonomen Mängeln derselben nichts anderes zu erblicken, als das vernichtende Armutszeugnis, das einer überhäuferten Autonomiebegelsterung gefällt wird.

Die autonomiefreundliche deutsche Bevölkerung wird diesen Feinden der Autonomie am 27. September die richtige Antwort geben!

#### „Ein nationaler Erfolg der Deutschen“.

Deutschnationale Stimme über die Arbeit der Sozialdemokratie für die Gemeinden.

Am Freitag hat die „Deutsche Presse“ darauf hingewiesen, daß das Gemeindefinanzgesetz aus dem Jahre 1930 eine Schädigung der Gemeinden und Bezirke bedeutet. (Das wagen diejenigen zu sagen, welche das Gemeindefinanzgesetz aus dem Jahre 1927 der Bevölkerung aufgedrückt haben!) Statt der „Deutschen Presse“ eine Antwort zu geben, drucken wir nachstehend ab, was der deutschbürgerliche, den Deutschnationalen nahestandende Finanzreferent der Stadt Brüx, Dr. Julius Schreier, über die Gemeindefinanznovelle vom Jahre 1930 in den Mitteilungen des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungsorgane vom 11. Februar 1931 sagt:

Am 1. Jänner 1931 ist das Gesetz Nr. 169 aus dem Jahre 1930, die lange erwartete Novelle zum Gemeindefinanzgesetz, in Wirksamkeit getreten. Vorweg muß gesagt werden, das Gesetz ist, vom Standpunkte der Gemeinden aus gesehen, für sie ein Erfolg und wird geeignet sein, ihre schwere Lage zu bessern. Es ist aber nicht nur ein Erfolg vom Standpunkte der Gemeinden, sondern ein Erfolg des demokratischen Gedankens überhaupt, dem das Gesetz über die Reform der Verwaltung und das Gemeindefinanzgesetz Nr. 77/27 schwer Abbruch getan hat. Aber auch als nationaler Erfolg der Deutschen in diesem Staate ist es zu werten, da das demokratische Prinzip schließlich unsere einzige politische Geltungsmöglichkeit birgt und jeder Schritt der Rückkehr zur demokratischen Verwaltung eine Erhaltung der uns noch verbliebenen Reste der Selbstverwaltung, welche heute in erster Reihe in den Gemeinden verflochten ist, bedeutet.

Dies muß also ein Gemeindefunktionär, der selbst Gegner der Sozialdemokratie ist, aber die Verhältnisse in einer Gemeinde aufmerksam verfolgt, zugeben, daß die Arbeit der Sozialdemokratie für die Gemeinden gegenwärtig ist. Damit ist die Demagogie der Christlichsozialen am besten widerlegt.

#### Epilog zum Stinnesprozeß.

Schwere Beschuldigungen gegen Berliner Rechtsanwälte.

Berlin, 5. September. Die „B. Z. am Mittag“ klärt angebliche Enthüllungen der kommunistischen Tageszeitung „Berlin am Morgen“ über einen „noch nie dagewesenen Anwaltskandal“.

Darin wird gegen Rechtsanwalt Prof. Dr. Alsbereg und seinen Sohn Rechtsanwalt Dr. Kurt Gollnick der Vorwurf erhoben, sie hätten in unzulässiger Weise auf die Rechtsprechung im feinerzeitigen Prozeß gegen Hugo Stinnes hin eingewirkt. Es handele sich, so behauptet „Berlin am Morgen“, um nichts weniger als darum, daß das freisprechende Urteil im Prozeß gegen Stinnes hin im Juli 1929 unrechtmäßig oder aber durch Beeinflussung des Gerichts zustande gekommen sei. Es wird nämlich behauptet, daß die Gattin eines früheren Gerichtsassessors, der jetzt Rechtsanwalt in Berlin ist, zu jener Zeit aber einer Strafkammer angehörte, deren Vorsitzender den Vorsitz des Stinnesprozesses führte, von den Verteidigern Stinnes den Auftrag erhalten habe, mit dem Vorangehenden jenes Mannes möglichst oft Berliner Vergnügungsfstätten aufzusuchen, um ihn dabei auszuhorchen und den Verteidigern wichtiges Material über die Auffassung des Gerichts zu verschaffen. Für diese Tätigkeit seien ihr 22.000 Mark sowie ihrem Mann die Einrichtung einer Anwaltskanzlei versprochen worden. Sie habe aber nur 15.000 Mark erhalten und habe deshalb vor dem Landgericht II auf Zahlung der restlichen 7.000 Mark.

#### Strafanträge gegen Glade.

Mehrere Berliner Zeitungen haben Rechtsanwalt Dr. Alsbereg gebeten, sich zu der Klage zu äußern. Professor Dr. Alsbereg er-

#### Ausschneiden! Aufheben!

## Fristskalender

Was haben unsere Vertrauensmänner zu den Gemeindevahlen genau zu beachten?

#### Einbringung der Kandidatenliste

Die Kandidatenliste ist sofort nach der Wahlauswahl beim Gemeindeamt einzubringen. Letzter Termin 13. September, 12 Uhr mittags.

#### Erklärung der Kandidaten

Der Kandidatenliste ist eine schriftliche, eigenhändig von allen Kandidaten unterschriebene Erklärung beizulegen, daß sie die Kandidatur annehmen und mit ihrer Zustimmung auf keiner anderen Kandidatenliste vorgeschlagen sind.

#### Bestimmung des Wahlbevollmächtigten

Bei Einbringung der Kandidatenliste ist ein Bevollmächtigter und ein Ersatzmann der Partei namhaft zu machen. Geschieht dies nicht, gilt der erstunterschiedene Wähler als Bevollmächtigter.

#### Unterfertigung der Kandidatenliste

Die Kandidatenliste muß in Gemeinden bis 1000 Einwohner wenigstens von 10, bis 2000 Einwohnern von 20, bis 5000 Einwohnern von 30, über 5000 von 50 und über 20.000 Einwohnern von wenigstens 100 eingetragenen Wählern unterschrieben sein.

#### Änderungen der Kandidatenliste

Wenn ein Kandidat verzichtet, stirbt, die Eignbarkeit verliert oder gestrichen wird, kann der Parteibevollmächtigte die Kandidatenliste bis 17. September ergänzen. Nach dem 19. September ist keine weitere Änderung zulässig.

#### Listenföpfung

Bis zum 19. September müssen durch die Bevollmächtigten der Wählergruppen bei dem Gemeindeamt gemeinschaftliche Erklärungen abgegeben werden, daß sie ihre Listen vor der Herstellung einer Einheit für die Aufstellung der Mandate miteinander föpfeln.

#### Auslegung der Wählerverzeichnis

Die Wählerverzeichnisse müssen durch 14 Tage, also bis 17. ds., 2 Uhr nachmittags, zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt werden. In dieser Zeit können während der vorgeschriebenen Stunden Abschriften und Auszüge gemacht werden.

#### Auslegung von Wählerverzeichnissen

Bis zum 11. September kann beim Gemeindeamt die Auslegung von gültigen Wählerverzeichnissen angesprochen werden. Bis 19. September müssen beim Gemeindeamt die angeführten Erzeugungskosten erledigt werden, widrigenfalls die Anmeldung nicht beachtet wird. Sehr wichtig!

#### Durchführung der Verhältniswahl

In allen Gemeinden unter 700 Einwohnern muß bis zum 11. September beim Gemeindeamt ein an die politische Bezirksbehörde gerichteter Antrag, das von mindestens einem Zehntel der eingetragenen Wähler unterschrieben sein muß, gerichtet werden, in dem die Durchführung der verhältnismäßigen Wahl verlangt wird. Unterbleibt ein solcher Antrag, so kann es vorkommen, daß eine Minderheitspartei ohne Vertretung bleibt.

#### Mitglieder der Wahlkommission, Vertrauensmänner

Durch den von der Lokalorganisation bei der Ueberreichung der Kandidatenliste namhaft zu machenden Wahlbevollmächtigten der Partei sind der politischen Behörde bis spätestens 19. September für jede Wahlkommission (Wahlprägen) ein Mitglied und ein Ersatzmann in Vorschlag zu bringen, die als Mitglieder der Wahlkommission zu fungieren haben und von der Behörde hierfür ernannt werden. Sind nur zwei oder drei Wahlparteien vorhanden, so sind je zwei Mitglieder und zwei Ersatzmänner in Vorschlag zu bringen. In Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern dürfen Kandidaten nicht Mitglieder von Wahlkommissionen sein. Wir bitten, die angeführten Fristen genau zu beachten.

Stärke zunächst, von der Absicht einer Forderung der Frau Glade habe er erst im August durch seinen Sohn Welt gehört, der ihm berichtet, daß Glade wirtschaftlich völlig zusammengebrochen sei und einen Skandal gegen Stinnes inszenieren wolle. Glade soll einmal zum Offenbarungswort geladen worden sein. In der zweiten Augusthälfte habe er dann Professor Dr. Alsbereg erklärt, der Prozeß sei mir angehängt worden, um auf ihn und Stinnes einen Druck auszuüben, dem Ehepaar Glade Geld zu geben und so den Skandal des Prozesses zu vermeiden. Der „B. Z. am Mittag“ wird heute von Prof. Dr. Alsbereg erklärt, seine erste Handlung in der Klage der Frau Glade nach seiner Ankunft in Berlin werde sein, daß er allen zuständigen Stellen genaue Berichte über den wahren Sachverhalt geben werde, also auch der Anwaltskammer und dem Justizministerium. Ueberdies werde er gegen das Ehepaar Glade Verleumdungsklagen anstrengen. Auch Dr. Gollnick erklärte der „B. Z. am Mittag“, er werde ebenfalls nach seiner Ankunft in Berlin Strafantrag gegen Rechtsanwalt Glade und seine Frau erheben.

# Tagesneuigkeiten

## Der D-Redakteur der „Bohemia“ und Graf Alfons.

Schwohl hier schon gestern, in einer Glosse über die „Reichsbanner Zeitung“ ein witziges Wortlein über das Interesse gesagt wurde, das unsere deutschbürgerliche Presse dem spanischen Ermonarchen, wie überhaupt jedem regierenden oder nicht mehr regierenden König entgegenbringt, verdient dennoch der gestern in der „Bohemia“ erschienene Bericht über eine Prager Rundfahrt mit Graf Alfons besonders vermerkt zu werden. Aus einem fast zwei Spalten langen Aufsatz geht hervor, daß zwei oder gar mehr Redakteure dieses angeblich liberal und republikanisch gestimmten Blattes seiner Ermajestät bis zur Prager Stadtgrenze im Auto entgegenführten, um mit ihm zu schmuse und ihm Proq zu zeigen. Sprecher dieser journalistischen Delegation war der „D-Redakteur“ und der Bericht nun geteusch, wie neu und freundlich Genor Alfons war, wie er die Redakteure förmlich als liebe Bekannte begrüßte, denn er, der Alfons, habe bereits in Königsward die „sehr gut informierte“ „Bohemia“ gelesen. Alfons ist aber auch sonst ein geistig überdurchschnittlicher Graf: während der Führung merkte man seinen Antworten an, daß er schon einmal etwas von der Uhr am Altkäster Hofhaus gehört oder gelesen habe und so gebildet ist seine Majestät, daß er, „der Schlange Erbe der spanischen Krone“, sehr wohl wußte, daß man — es war in der Altkäster-Synagoge — in einem Tempel die Kopfbedeckung nicht abnehmen dürfe! Ueberhaupt weiß Alfons in allen Lebenslagen, was er mit seinem Gut zu machen hat: als „im zweiten Burghof ein wachhabender Polizist stramm salutiert“ — es lebe unsere republikanische Polizei! — jag Alfons nicht etwa den Hut, sondern „danke ebenfalls salutierend“. Zweimal fand Alfons Gelegenheit, vor Altären niederzuknien... und unterhielt sich dann spanisch — wie unhöflich gegen die „Bohemia“-Redakteure! — mit dem Herzog von Miranda, wobei oft das Wort — also können jene doch spanisch? — barock vorkam. Wie unerhört gebildet!

Und nun endlich: wenn man es nicht schon gewußt hätte, so würde man es vom D-Redakteur erfahren haben, daß dieser Alfons geistig kaum ein Durchschrittmensch ist. Von den Redakteuren einer republikanisch-demokratischen Zeitung hätte man erwarten dürfen, daß sie — wenn sie schon etwa über Auftrieb ihres Chefs, jenes alten liberalen Bau-Dege, dem Alfons die Honneurs machen mußten — ein Wort darüber sagen, wie sehr der gewissenlose Alfons ein Dummling sei und wie sehr sie es daher als Demokraten erst recht begrüßen, daß wieder einer derer von Gottes Gnade der Demokratie weichen mußte. Statt dessen aber bemühen sie den abgefallenen Alfons, den sie ein dutzendmal „König“ nennen und den sie vielleicht gar mit „Majestät“ anreden haben, als Kellame für ihr Blatt!

Man kann sich vorstellen, wie diese Herren einem noch gekrönten Haupt gegenübertraten, wenn sie vor einem der übelsten der Davongejagten denart ihren Koteu mochen! Männerstolz vor Königsthronen — nicht wahr? Sie mögen sich nicht darauf ausreden, daß sie nicht mehr und nicht weniger als ihre Reporterpflicht erfüllen. Auch ein Reporter kann Gefinnung haben und äußern.

U. G.

## Die Ballenberg-Million.

Wir lesen im SPD-Dienst: Max Ballenberg und seine Frau Frieda Massary haben bei der Amtsbank in Amsterdam eine anständige Summe verloren. Sie hatten dort ihre Ersparnisse in Höhe von 227.000 Dollar — rund 1 Million Reichsmark — untergebracht und verlieren durch den Krach der Bank davon rund zwei Drittel. Herr Ballenberg schmarotzt nach, er kündigt an, daß er in der Welt herumreisen werde, um einen Vortrag gegen die Direktoren der Amtsbank zu halten und daß er sich ein Theaterstück „Die Amtsbank“ schreiben lassen werde, in dem er die Rolle des Bankdirektors spielen wolle.

Es ist kein Pappenstiel, auf einen Schlag einen so hübschen Bahen Geld zu verlieren und die Wit Ballenbergs ist begreiflich. Man versetze sich in seine Situation: er hat Hunderttausende mit Hilfe der berühmten Stargagen verdient, wohl verstanden in Reichsmark. Die hat er in Amsterdam angelegt, aber vorsichtigerweise in Dollar. Aus dem Reichsmark sind bei ihm schleunigst Dollar geworden. Herr Ballenberg wird nicht gerade behaupten, daß ihm deutsche Theaterleiter in Dollars statt in Reichsmark bezahlt hätten, er hat vielmehr die Flucht aus der Mark selbst unternommen. Man nennt das bei gewöhnlichen Sterblichen Kapitalflucht, und hält den, der solche Manipulationen gegen die Mark vornimmt, für einen Schabial gegenüber dem eigenen Volk.

Der typische Kapitalflüchtling hält eine holländische Bank grundfähig für sicherer als eine deutsche Bank. Er blüht auf die Reichsmark mit Verachtung herab und betet den Dollar an. Ein Dollarargubaden bei einer ausländischen Bank das ist für ihn das Feinste vom Feinen, etwas Todsicheres, so sicher wie das Amen in der Kirche.

Herr Ballenberg und seine Frau Frieda Massary lebten in der fröhlichen Gewisheit: es kann ja nichts geschehen, denn ich habe mein Dollarargubaden bei der feinen ausländischen Bank sind hin! Und dabei noch zu denken, daß, wenn die Ballenberg-Million etwa bei der Danabank in Reichsmark angelegt worden wäre, sie heute noch eben so viel wert wäre wie zuvor und daß die Garantie des Reiches für die Danabank schließlich mehr wert gewesen ist als das feinste Dollarargubaden bei der feinen holländischen Bank. Da wird die große Wit des großen Komikers verständlich und ebenso, daß er vor Jörn die Besinnung verloren hat. Seine Enttäuschung über den Verlust ist gesteigert worden durch die Enttäuschung über den gerechten Reinsfall, über die eigene große Gelei.

Es ist nicht nur Gelei, es ist ein typischer Fall sozialer Gefinnung. Herr Ballenberg hat die Lage des deutschen Volkes für so erbärmlich gehalten, daß er aus der dreckigen und unsicheren deutschen Mark so rasch wie möglich herausgegangen ist, aber er hat, obwohl er die Lage des deutschen Volkes so miserabel einschätzte, sich nicht gekümmert, in Deutschland die hohen Stargagen zu Hunderttausenden zu nehmen. Er hat sich von dem armen deutschen Volk zum Millionär machen lassen und hat zum Dank dafür durch seine Kapitalfluchtmanöver die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschlechtern helfen. Die Ballenberg-Million ist eines jener Gewichte, die das deutsche Volk immer tiefer in die Not gezogen haben!

Herr Ballenberg hat keinen Anlaß, sich als einen besonders besonnenen Mann hinzustellen. Der Verlust seiner Dollar trifft ihn weniger als einen Arbeiter in Deutschland der Verlust der Arbeitsstelle, und ein Unternehmer der Vermögensverluste muß Verluste bei seinen Spekulationen ebenso hinnehmen wie ein Unternehmer in der Schwerindustrie.

Wenn Herr Ballenberg in öffentlichen Vorträgen sich besonnen will, so geben wir allen den guten Rat: geht hin und preißt ihn aus! Fragt ihn: Ballenberg, kennst Du die Kapitalfluchtverordnung mit der Zuchthausdrohung, Ballenberg, hast Du Deine Dollars angemeldet? Ballenberg, was willst Du bei uns, geh hin, wo der Dollar wächst. Hier gibt es nur ganz gemeine dreckige deutsche Reichsmark!

Durch den Zusammenbruch der Amtsbank wird bekannt, daß eine ganze Reihe prominenter österreichischer Künstler dabei Schillingsträge verlieren, die fast für jeden einzelnen reichten haben sich trotzdem nicht gekümmert, ihre Kapitalien dem armen Oesterreich zu entziehen in die Hunderttausende gehen, so verliert Janzing 800.000 Schilling. Die Kollage Oesterreichs, die noch größer ist als die deutsche, ist allgemein bekannt. Die ehrenwerten Prominenten im Ausland anzulegen!

## „Nautilus“ gefunden.

Oslo, 5. September. Einen erhebenden Augenblick erlebte gestern um 10 Uhr der Funker in Tromsø, der mehr als 24 Stunden ver sucht hatte, mit dem Unterseeboot „Nautilus“ in Funkverbindung zu kommen und plötzlich das Aufsteigen des „Nautilus“ auffing. Der Funker, der mit dem Unterseeboot etwa 20 Minuten sprach, erklärte, er habe nur die Mitteilung erhalten, daß an Bord des Schiffes alles wohl an sei. Kapitän Wikfins habe ihm nicht mitgeteilt, warum die Funkverbindung auf sechs Tage unterbrochen war. Wie der Funker hinzusetzte, sei der „Nautilus“ wahrscheinlich während dieser Zeit unter Eis gewesen. Die Funkstation Tromsø sprach später noch einmal mit dem „Nautilus“, mit dem auch die Funkstation Bergen und der Bordfunker der Schaluppe „Kriegsbof Ransen“, die zu den letzten Vorbereitungsmaßnahmen für eine Hülfsexpedition nach Tromsø unterwegs war, Verbindung aufgenommen hatten.

## Selbstmord einer Tschechoslowatin in Paris.

Paris, 5. September. Donnerstag abend wurde im Lullerengarten mitten in Paris die Leiche eines jungen Mädchens mit einem tödlichen Brustschuß aufgefunden. Neben ihr lag ein Revolver. Zeugen erzählten, sie hätten von weitem gesehen, daß das Mädchen von einem jungen Manne begleitet war, der rasch geflohen sei. Der Polizei gelang es gestern abend, die Identität der Unbekannten festzustellen. Es handelt sich um die im Jahre 1908 in Brodel in der Tschechoslowakei geborene Johanna Pospisilová, die zuletzt in einem Pariser Hotel in der St. Anna-Straße nächst der Oper wohnte. Beim gerichtlichen Augenschein wurde festgestellt, daß die Pospisilová Selbstmord verübte, was auch ein im Hotel hinterlassener Brief bestätigend soll. Das aus der Wunde entfernte Projektil war von dem gleichen Kaliber wie der Revolver. Die Polizei forscht nichtsdestoweniger nach dem Mann, der die Pospisilová begleitete, um die Ursachen ihres Selbstmordes aufklären zu können.

## Schutz vor Gasunfällen.

Erfindungen des Genossen Stadtrat Weber. Wien, 5. September. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, hat der Genosse Stadtrat Anton Weber zwei Erfindungen gemacht, durch die es möglich sein wird, Gasunfälle zu vermeiden. Die erste Erfindung will das Ausströmen des Gases verhindern, wenn der Gas-

schlauch abreißt oder vom Gasgerät abgeleitet oder von einem Kinde heruntergerissen wird. Dieses neue Gasgerät ist ein Hebel, durch den die Gasleitung automatisch geschlossen wird. Die zweite Erfindung ist die Anbringung eines ewigen Lichtes auf dem Gasrohr, das immer gemeinsam mit der Hauptflamme brennt, jedoch nicht ausgeht, wenn die Hauptflamme durch Ausschlag oder durch einen Luftzug auslöscht. Beide Schutzgeräte werden von den Oesterreichischen Werken im Arsenal bereits erzeugt und in den Handel gebracht.

## Cholera in Vorderasien.

Basra, 5. September. In der ersten Hälfte August ist in einigen Bezirken des Irak Cholera ausgebrochen und hat einen großen Umfang angenommen. Es wurden 700 Fälle gemeldet, wovon bisher 339 tödlich verließen. Die Epidemie breitet sich nördlich entlang des Tigris aus.

Volkswirtschaftliche Entdeckungen der „Prager Presse“. Herr Paul Eisner, seines Zeichens Redakteur der „Prager Presse“, der sonst nur in der Literaturreise dieser Zeitung seinen Vergnügen tummelt, wobei er manchmal von diesem ihm so unfreundlich gestimmten Tier abgeworfen wurde, hat sich, strebend nach neuen Vorbeeren, auf das Gebiet der Volkswirtschaft begeben und will da einer aufstrebenden Leserschaft, deren Gefühle er durch Lyrik nicht mehr entzünden zu können glaubt, erklären, warum das Handwerk seinen goldenen Boden hat. Die Nationalökonomien sind sich zwar darüber einig, daß seit dem Auskommen des industriellen Großbetriebs der Spielraum für das Handwerk eingeeignet ist, aber diese elementare Tatsache, die jeder ABC-Schütze weiß, scheint dem neuesten volkswirtschaftlichen Mitarbeiter der „Prager Presse“ noch unbekanntes Land zu sein. Der Gelehrte der „Prager Presse“ führt vielmehr den Niedergang des Handwerks auf die geringe fachliche Ausbildung des handwerklichen Nachwuchses zurück. Wir möchten dem Herrn Eisner nun folgenden Vorschlag machen, durch den er seine These erhellen kann: Er möge das Schulerhandwerk erlernen und sich dann in einen Konkurrenzkampf mit Waso einlassen. Wenn er den Waso niederkonkurriert, dann geben wir uns geschlagen und werden in der Form Buße tun, daß wir die täglichen „Schmutznotizen“, die Herr Eisner in der „Prager Presse“ schreibt, ein ganzes Jahr lesen. Öffentlich überleben wir es!

Von der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen wird uns mitgeteilt: Allwöchentlich werden am Montag, in Form einer Aufnahmeprüfung, alle im Laufe einer Woche eingelaufenen Ansuchen um Unterstützungen oder Unterbringungen von Kindern in Heimen, Kolonien, im Krüppelheim usw. behandelt und erledigt. Montag, den 31. August, lagen insgesamt 15 Fälle vor. Zwei Kindern wurde Behandlung im Krüppelheim geschickt, zwei notleidende Familien im Adlergebirge erhielten für ihre Kinder warme Bekleidung und Beihubung, außerdem für ein halbes Jahr geldliche Unterstützungen Monat für Monat, zehn Kinder wurden in Erziehungsheimen untergebracht, zwei Kinder wurden ins Liebiegische Kleinkinderland aufgenommen.

Kollabierung aus 3000 Meter Höhe! In der Nähe von Bern schlug während eines Gewitters in einen in 3000 Meter Höhe schwebenden, von seiner Veräunung losgerissenen Fesselballon, der mit einem Korporal und einem Rekruten bemant war, der Witz ein. Als der Rekrut den Absprung aus dem Ballon mit dem Fallschirm nicht wagte, warf der Korporal den Rekruten über Bord. Der Fallschirm öffnete sich sogleich und der Rekrut landete wohlbehalten. Der Korporal sprang nach und kam gleichfalls gut zur Erde. Der Ballon wurde durch die Flammen zerstört.

Tragödie im Armenhause. Der im Armenhause der Gemeinde Ueberhor bei Lusdorf o. d. Tafelschle Wohnhafte Arbeitslose Franz Lammel, ein Winder mit zwei kleinen Kindern, überfiel die im gleichen Hause wohnhafte 43-jährige Wittlerin Anna Renmann in der Wohnung und tat ihr Gewalt an. Drei Tage vorher war Lammel von seiner Wirtschaftlerin verlassen worden. Efferbar aus Angst vor der ihm wegen seines Notzustandes an der Wittlerin drohenden strafgerichtlichen Verfolgung jagte sich Lammel nach Mitternacht eine Revolverkugel in die Schläfe und wurde schwerverletzt ins Friebländer Krankenhaus gebracht.

Bergwerksexplosion. Im Robinson-Bergwerk (Südafrika) ereignete sich eine Explosionskatastrophe. Dierzehn eingeborene Arbeiter wurden getötet, ebenso viele verletzt.

Strecker gesteht. Der unter dem dringenden Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung mit dem Ziele des Versicherungsbetruges verhaftete 70 Jahre alte Schriftsteller Karl Strecker aus Berlin hat heute nachmittag ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er gibt zu, die Villa vorzüglich in Brand gesteckt zu haben, um die Versicherungssumme in Höhe von 50.000 Mark zu erhalten. Strecker ist in drückender Vermögenslage. Er hat große Schulden, von denen er seiner Frau nichts sagte. Seine Verjuche, bei Geldverleihern Kapital aufzunehmen, waren fehlgeschlagen. So kam er zu dem Entschluß, durch die Brandstiftung seiner Geldverlegenheit ein Ende zu bereiten. Er behauptet, daß er die Tat ganz allein und ohne Mitwisser und Helfer durchgeführt habe. Diese Erklärung wird angezweifelt und näher untersucht. Nachdem seine Frau die Reise an den Bodensee angetreten hatte, und er angeblich zu Studien nach Weimar geschren war, schien ihm der geeignete Zeitpunkt

## Sozialversicherungsabkommen mit Oesterreich.

Im Ministerium für soziale Fürsorge wurde am 5. September d. J. ein Gegenseitigkeitsabkommen auf dem Gebiete der Sozialversicherung unterschrieben, und zwar für die Tschechoslowakei von Sektionschef Dr. Prablec und Ministerialrat Dr. Gregor, für Oesterreich von Ministerialrat Dr. Kerber, das für die Versicherten und Rentenbezieher der Sozialversicherung in beiden Staaten von großer Bedeutung ist. Das Abkommen ermöglicht insbesondere die Anerkennung einer Rente in den Fällen, wo die Wartezeit in jedem der zwei Staaten an und für sich nicht erfüllt war, wo aber durch die Summe beider Versicherungszeiten die Wartezeit erreicht wird. Weiter sollen die Versicherungszeiten gewertet werden, die die Versicherten einerseits beim Träger der tschechoslowakischen Sozialversicherung, andererseits beim Träger der österreichischen Sozialversicherung ausweisen. Außerdem wird die gegenseitige administrative und Rechtshilfe zwischen den Trägern der Sozialversicherung den Renten und Gerichten in beiden Staaten gewährleistet, wird die Ausschüttung der Renten aus einem Staat in den andern garantiert, der Verkehr der Versicherten und Rentenbezieher mit den Trägern der Sozialversicherung in anderen Staaten erleichtert usw.

Es wird im Interesse der Versicherten und Rentenbezieher in beiden Staaten sein, wenn das Abkommen sobald als möglich ratifiziert wird.

berangekommen zu sein. In der Nacht vom 26. auf den 27. August fuhr er nach Klein-Rachnow. Unbemerktschlich er in die Villa, Streckers, der wegen des Geständnisses sehr aufgeregt war, ist danach vollständig zusammengebrochen.

Die Selbstmorde wegen Arbeitslosigkeit. Aus Kothan bei Grassy wird uns berichtet: Nach der Stilllegung des Eisenwerkes Kothan teilte der 22-jährige Arbeiter Josef Reidhart das Schicksal hundert anderer Arbeiter und Angestellten des Betriebes: er wurde entlassen. Seine Bemühungen um eine neue Arbeitsstelle blieben erfolglos. Darüber ist der junge Mensch so verzweifelt geworden, daß er sich dieser Tage in den sogenannten Bräuerreich bei Heinrichsgrün stürzte und darin den Tod fand.

Goethe und die Zahnärzte. Im nächsten Jahr wird es eine beispiellose Hausse in Goethefeiern geben; von den Regierungschefs bis zum letzten Vereinsobmann werden alle etwas über Goethe zu sagen haben, alle, die von seinem Wesen kaum einen Hauch veripärt haben, werden sich auf ihn berufen, und der größte Genius Deutschlands wird aus der Zitatenkammer seines Nachruhms flüchten. Eine Doktorarbeit, die ein Kandidat der Würzburger Universität eingereicht hat, gibt uns einen seltenen Vorgeschmack der Kulturgenüsse, die uns bevorstehen; der wadere Student, der Zahnarzt werden will, hat die Beziehungen Goethes zu seinem Beruf erforscht und eine Dissertation geschrieben, die den ergreifenden Titel führt: „Die Zahnschmerzen des Dichters Goethe und seine Zahnärzte.“ Der Verfasser war ungemein gewissenhaft; er hat alle Briefe Goethes und seiner Zeitgenossen studiert und alle Stellen, in denen von Zahnschmerzen die Rede ist, sorgfältig ausgehoben; ja noch mehr, er hat alles jitiert, was die Gestalten Goethes über Zahnschmerzen zu sagen haben. Ein Kapitel ist den „Zahnschmerzen in den Poemen Goethes“ gewidmet, ein anderes Kapitel berichtet von den Zahnärzten Goethes. Die Biographien aller dieser Zahnärzte nebst Mitteilungen über ihre Praxis bleiben dem Leser nicht erspart. Die Würzburger Universität hat die Dissertation angenommen. Ehe also von des Dichters Unsterblichkeit geredet wird, hat ein Berufener ihm auf den Zahn gefühlt und den Goetheforschern erzählt, womit ihr Patient — Entschuldigung: ihr Forschungsobjekt — zu beissen hatte. Wer weiß, ob man nicht zum Goethejubiläum in allen jahreszeitlichen Ateliers die Verse findet: „Und wenn der Mensch in seiner Qual verstimmt, gab mir ein Gott, zu sagen, was ich leide.“

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Montag: Prag: 14.10: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung; Dr. Ritschl: Die körperliche Erziehung der Schulfugend. — Brünn: 17.45: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung; Presse und Schallplatten, 19.05: Kabarett. — Pilsen: 17.45: Krien und Pieder, 18: Streichquartett. — Berlin: 19: Volkstümli. Orchesterkonzert, 20: Musik von Anton Dvořak. — Hamburg: 11: Von Tieren und Blumen. — Leipzig: 19.30: Uraufführung von Schallplatten, 21.10: Wilhelm Raabe-Stunde. — München: 20.10: Jüther-Duette. — Wien: 20: Mailrecker-Quartett, 20.50: Streichquartett-Pieder. Dienstag: Prag: 11.30: Schallplatten, 18.15: A. Velina: Arbeiteraktualitäten, 18.25: Deutsche Sendung; Wilhelm Raabe-Gedenkstunde, 19.15: Chopin-Gedenkstunde, 21.30: Klavierkonzert. — Brünn: 12.30: Orchesterkonzert, 17.45: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung; Dr. Ritschl: Die wissenschaftliche Anwendung der Kolloide Chemie, 19.05: Anton Dvořak, 21: Mosmusik. — Pilsen: 17.45: Krien und Pieder, 21: Populäres Orchesterkonzert, 22.15: Zigeunermusik. — Breslau: 18.30: Eine Walzerstunde, 20: Aus Kopenhagen. — Königsberg: 20.20: Balzacs Panoptikum, 21.30: Perlen deutscher Musik. — Leipzig: 20: Symphoniekonzert. — München: 17.20: Kammermusik. — Wien: 20.10: „Das Donauweibchen“, komische Oper von Rauer.

Den Jungen die Idee des Sozialismus so glühend zu erhalten, wie sie sich ebendem Alten ins Herz festsetzte — das ist die große Aufgabe der sozialistischen Erziehung.

Darum fördert die Kinderfreunde-Bewegung, unterstützt die Werkskassen im September!

**Geistesfreiheit und Filmzensur.**

Der Filmklub, die Organisation der Prager Filmreferenten beider Nationen, hatte im Frühjahr 1931 an das Ministerium des Innern nach der Blamage mit dem Verbot der „Ariane“ eine Eingabe gerichtet, in der das Ansuchen ausgesprochen war, der Filmkritik, die sich mit einiger Berechtigung am Gedeih der Volksbildung durch den Film ebenso interessiert wähnt wie die „Erziehungskreise“, die durch eine Dame aus ihnen vertreten sind, oder das beliebte Verteidigungsministerium, den Zutritt in den begünstigten und amtsgeprüften Zensurkörper zu gewähren, damit die wahren Gründe mancher merkwürdiger Meinungsäußerungen nicht länger einem nur ganz beschränkten Personenkreis zugänglich seien. Die Erledigung des Innenministeriums liegt nun in nächstemem Vortritt vor, der hienit der Kulturwelt — die außerhalb eines Zensurkörpers zu finden ist — unterbreitet sei:

Ministerium des Innern,  
Zahl 21582/1931/6. Prag, 26. August 1931.  
B. Z.

**„Filmklub“**

zu Händen des Herrn Vorsitzenden Dr. C. Storch-Marien in Prag.

Dem Ansuchen um die Bewilligung, daß der „Filmklub“ in die Sitzungen des Zensurberatungskörperschaften einen Vertreter entsenden dürfe, kann das Innenministerium nicht stattgeben, weil die Beratungen der erwähnten Körperschaften eine Amtshandlung sind, zu der nur die Mitglieder dieser Organisationen Zutritt haben.

Was die Rechtsgrundlage der Filmzensur anbelangt und die Zusammenlegung dieser Körperschaften wird auf den Artikel „Die Filmzensur in der C. Z. R.“ verwiesen, der in der Nummer 10 des „Filmobskur“ vom März 1930 veröffentlicht wurde.

Für den Minister:  
Dr. Joachim m. p.

Man muß dazu dem trefflichen Herrn Dr. Joachim und seinen mitentscheidenden Antagonisten vor allem mitteilen, daß der Hinweis auf einen Zensurartikel selbst im Verwaltungsleben dieses Freistaates eine amtsgewerkschaftliche Neuerung darstellt, die hoffentlich nicht Schule machen wird. Höchstens werden sich die von agrarischen Geist erfüllten Staatsämter höchstens noch dazu bequemen, laienhafte Geschickter auf die Meinungsäußerung irgendeines Herrn zu verweisen, dessen Geisteskraft ihm etwa einen Mitarbeiterplan bei der „Prager Presse“ erlaubt hat. Man wird auf diese Strohfrüchte verzichten müssen und das mit dem bescheidenen Hinweis auf die primitivsten Bestimmungen unserer so arg demokratischen Verwaltungsreform, wonach nämlich ein Verwaltungsbescheid gehörig begründet sein muß — bei sonstiger Nichtigkeit! — Unter Begründung hat seit den Uransängen jedes Rechtslebens, woran allerdings viele Ueberdemokraten in Ländern „befreiter Nationen“ nicht seltenst zu glauben scheinen, nur etwas verstanden werden können, was eine verständliche Handlung dadurch zu erklären vermag, daß eben, um auf den behandelten Fall zurückzukommen, der Ausgangspunkt und die Rechtfertigung der Handlung im Gesetz gefunden oder daraus durch einfache Schlussfolgerungen abgeleitet wird. Neu ist es aber, sich als Richter einen Redakteur eines so objektiven und unabhängigen Blattes, wie es nun ein Industrieorgan sein kann, zu wählen und seine Geistesprodukte, die niemanden, außer den Interatenadonnten interessieren, an Stelle des Gesetzes zum Ausgangspunkt des Rechts zu erheben. Es sei weiter festgesetzt, daß nach der Ansicht der Kulturzentur war die Filmproduktion und der Filmbandel, war die Tagesjournalistik, die „Erziehungskreise“, das Außen-, Innen-, Verteidigungs- und Justizministerium, der Kunstverein Mares, die Masarykliga usw. berufen sind, das Amtsgeheimnis der Zensurbegründungen zu hüten, nicht aber die Filmkritik, die sich allerdings ausschließlich von unabhängigen und sachlichen Erwägungen würde leiten lassen — soweit sie nicht dem Innenministerium nahe steht!

Dieser Zustand ist unhaltbar: auf diesem Gebiet muß die Geistesfreiheit erzwingen werden, mit allen Mitteln und Kräfte einer noch frei gemachten Bevölkerung. Wenn Jahr für Jahr der ärgste und übelste Schand von der Zensur geradezu steckend nach begünstigt wird, wenn dagegen systematisch gerade die Filme verboten werden, die ihrem oftmals allerdings problematischen geistigen Gehalt nach dazu bestimmt erscheinen, im Mittelpunkt des Reizungsinteresses zu stehen, dann muß gegen diese Burg der Volksverdummung angeknüpft werden; das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, man wird sich diese dauernden Affronts nicht gefallen lassen und eine verächtliche Clique von Tüskern in die Schranken des Gesetzes zurückweisen.

**Unwetter-Katastrophen.  
Die Sintflut in China.**

Die Hochwasserkatastrophe in und um Hankau ist wohl die größte seit hundert Jahren. Zu der verheerenden Ueberschwemmung des Jangtse-Flusses trat noch eine Unwetterkatastrophe. Ein furchtbarer Taifun hat die Deiche des „Großen Kanals“ in der Provinz Kiangsi zerstört. Zahlreiche dicht besiedelte Städte wurden von den eindringenden ungeheuren Wassermassen fast vollständig überflutet. Die Zahl der Todesopfer wird bis heute auf insgesamt 250.000 geschätzt. 163.000 Häuser sind eingestürzt. In Hankau allein wurden 72.000 Personen obdachlos.

Derartige Katastrophen, wenn auch nicht in solch gewaltigem Ausmaß, sind in China keine Seltenheit. Durch einen Taifun, der

**50.000 Todesopfer**

losbrach, wurde im Dezember 1922 die Küstenprovinz Lihelung im Süden des Reiches heimgesucht.

Der Taifun, der zuerst auf dem Meere zu wüten begann, griff am 12. September auf das Land über. Der Wirbelsturm wälzte die Wassermassen gegen die Küste, besonders in der Flussmündung. Das aufgewühlte Meer stemmte sich gegen den Lauf des Flusses, und gewaltige Fluten ergossen sich im Laufe von wenigen Stunden über ausgedehnte Gebiete, Häuser und Menschen mit sich reichend. Das Unwetter dauerte nur ganz kurze Zeit, aber als es sich verzog, blieb die ganze Provinz einem wüsten Trümmerhaufen. Allein bei Swatow ertranken 2.000 Menschen.

Zwei Jahre später wurde durch eine Ueberschwemmungskatastrophe die

**Provinz Katan**

völlständig verwüstet. Diese Hochwasserkatastrophe, hervorgerufen durch Schneeschmelze richtete unermesslichen Schaden an. Mehr als 3500 Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht. Etwa 100.000 Obdachlose zogen hungernd in die nächst gelegenen Provinzen und bildeten dort Räuberbanden. 50.000 Menschen kamen in den Fluten um. Ihre Leichen verpesteten die Luft und wurden die Ursache zahlreicher Epidemien.

Diese Katastrophe ereignete sich am 24. August. Einen Monat früher, am 21. Juli, wurde auch die Provinz Fankun von einer ähnlichen Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Der Anbung-Fluß trat über die Ufer und zerstörte eine Reihe dicht besiedelter Städte. Hierbei kamen „nur“ 10.000 Menschen ums Leben.

Aber auch Wirbelstürme können blühende Städte vernichten.

**Wirbelsturm über Tonking.**

Im Juli 1928 toste über Tonking im nördlichen Aman ein Wirbelsturm, der den größten Teil der Stadt vernichtete. Auch in Shanghai und in zwei anderen Städten richtete der Sturm gewaltige Verheerungen an. Seine Kraft war so gewaltig, daß sogar vier große Schiffe, die im — man möchte meinen — gesicherten Hafen lagen, zerstört wurden. Der Sturm kam so plötzlich, daß sich die Menschen nicht mehr retten konnten. Soweit sie in ihren Wohnungen geblieben waren, fanden sie den Tod in den zusammenstürzenden Häusern; die ins Freie gelaufenen, wurden in die Luft gehoben und einige Meter weiter mit voller Wucht zu Boden geschleudert. Auch dieser Sturm kostete fast 10.000 Menschenleben.

Ein Jahr später wütete ein Taifun auf den

Jangtsekiang. Etwa 40 Passagierdampfer und 100 Fischerboote gingen dabei zugrunde.

So in China. Aber auch in Amerika sind solche Naturkatastrophen — fast möchte man sagen — an der Tagesordnung. Besonders schmer war das Jahr 1927. In diesem Unglücksjahr war die U.S.A. der Schauplatz zweier großer Katastrophen.

**Die Ueberschwemmung des Mississippi.**

Im Mai 1927 widerhallte ganz Amerika von den Klagen der Unglücklichen des Mississippi-Tales. Die Katastrophe begann mit dem Zusammenbruch am Bayou, und so war der jahrelange, mühevollen Bau vernichtet. — Fast 100.000 Menschen fanden mit ihrer zusammengerafften notdürftigen Habe bereit, beim ersten Warnungssignal Haus und Hof in Stich zu lassen. Etwa zwei Wochen dauerte die unerhörte Spannung. Dann kamen die Ingenieure zu der Ansicht, daß das Tal nicht zu retten sei und die Flucht begann.

Zu zur Vorbereitung der Flucht genügend Zeit war, erforderte die Katastrophe nur wenig Opfer. Der Sachschaden belief sich aber auf über 50 Millionen Dollar. Ungefähr 1.300.000 Morgen wurden unter Wasser gelegt, nicht weniger als 10.000 Familien fanden mittellos da und mußten vom Staate unterstützt werden.

**St. Louis vom Tornado zerstört.**

Einige Monate später, im September desselben Jahres, wurde dann St. Louis von einem Tornado zerstört. Bei dieser Katastrophe fanden einige tausend Menschen den Tod. Der größte Teil der Stadt wurde zerstört. Der Schaden betrug nicht weniger als 75 Millionen Dollar.

Ganz Amerika erschauerte über die Berichte und setzte eine tatkräftige Hilfsaktion in Fluß. Nur dieser ist es zu danken, daß das Unglück durch Ausbruch von Stürmen nicht noch größer wurde.

Auch das herrliche Florida hat unter den Unwetterkatastrophen viel zu leiden.

**Sturmkatastrophe über Miami.**

Am 18. September 1929 wurde Miami, der Luxusbadort der amerikanischen Millionäre, von einer Sturmkatastrophe zum größten Teile zerstört.

Im Jahre 1924, als Miami in Mode kam, wurden dort Gebäude im Werte von 30 Millionen Dollar errichtet, 1925 sogar 60 Millionen investiert. Etwa 60 Prozent dieser Gebäude fielen der Sturmkatastrophe zum Opfer. Natürlich wurden auch zahlreiche Menschen unter den zusammenstürzenden Gebäuden begraben.

In kurzer Zeit wurde Miami jedoch wieder aufgebaut. Heute herrscht dort dasselbe luxuriöse Leben wie vor dem Unglück.

Im Juli dieses Jahres ereignete sich dann die letzte Katastrophe.

**Springflut am Vadestrand.**

Eine verheerende, plötzlich einsetzende Springflut richtete in Südkalifornien unermesslichen Schaden an. In der Gegend von Los Angeles überraschte eine Springflut die Badenden und riß Tausende von ihnen mit sich. Mit Hilfe von Rettungsgürteln gelang es aber, viele hundert Personen, die immer weiter vom Strand fortgeschwemmt worden waren, zu retten.

Da die Springflut auch in anderen Bodend- und Seebädern die Badenden überrascht hatte, betrug die Zahl der Todesopfer dieser Naturkatastrophe etwa hundert. Carl Cramon.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik**

**Sechsstundentag ohne Lohnfözung.**

Die Exekutive des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zur Krise.

In der letzten abgehaltenen Sitzung der Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) hielten die Gewerkschaften der U. S. A. erneut ihre Forderungen zur Ueberwindung der Krise auf:

**Fünf-Tage-Woche und Sechsstunden-Tag ohne Lohnfözung:** „Um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, schloßen wir die sofortige Einführung der Fünf-Tage-Woche in der Privatindustrie und den öffentlichen Vertrieben vor. Wir beantragen ferner, daß zur Beschaffung von Arbeit für alle Staatsbürger die tägliche Arbeitszeit wenn nötig auf sechs Stunden herabgesetzt wird. Im Interesse eines angemessenen Gleichgewichtes zwischen der Kaufkraft der Massen und ihrer Produktionskapazität sollen dabei die Lohnsätze nicht herabgesetzt werden. Die Exekutive der A. F. of L. bekräftigt ihre unbedingte Opposition gegen Lohnherabsetzungen.“

**Essentielle Arbeiten:** Wir fordern, daß die Bundesbehörden sowie die Behörden der einzelnen Staaten und Gemeinden ein Programm durchzuführen, das allen Erwerbslosen Beschäftigung gibt und sie zu Lohnarbeitern macht, die auf Grund ihres Einkommens ihre Familien mit Nahrung und Kleidung versehen können, anstatt der Wohlfahrtsfrage ausgeliefert zu sein. Ferner verlangen wir die Stabilisierung der Wirtschaft, d. h. die Durchführung einer Planwirtschaft und einer genauen Festsetzung der wirtschaftlichen Bedürfnisse sowie der Arbeitszeit, die notwendig ist, um allen Arbeit zu geben.“

**Arbeitslosenhilfe:** „Die Arbeitslosigkeit hat erschütternde Ausmaße angenommen. Viele Gewerkschaftsorganisationen sind gewonnen, ihre Mitglieder durch Arbeitsfözung oder

finanzielle Zuwendungen zu unterstützen. Alle sind mit Besorgnis erfüllt im Hinblick auf die Not und die Leiden, die sich im nächsten Winter einstellen werden. Die Exekutive ist der Ansicht, daß Organe der Bundesbehörden sowie der Behörden der einzelnen Staaten und Gemeinden sofort Vorbereitungen treffen sollten, um den Unterföhungsgeldern, die im nächsten Winter einen besorgniserregenden Umfang annehmen werden, gerecht werden zu können. Es käme einer Returteilung der Regierung und unserer sozialen Ordnung gleich, wenn die Gesellschaft einer solchen nationalen Notlage hilflos gegenüberstehen würde. Die Exekutive glaubt, daß Organisationen der örtlichen Behörden als Verteilungstellen für alle diese armen sollen, daß jedoch die Arbeiterschaft in diesen Verteilungstellen vertreten sein soll. Alle vom Bund und den Staaten zur Verfügung gestellten Hilfsmittel sollten von diesen örtlichen Hilfsvereinigungen verteilt werden.“ (Die von vielen europäischen Zeitungen — auch Arbeiterblättern — veröffentlichten Meldungen, wonach die A. F. of L. unmittelbar vor der Anerkennung des Prinzips der staatlichen Arbeitslosenversicherung steht, waren also wieder einmal verfrüht. Die Red.)

**Rationale Wirtschaftskonferenz:** „Um das Arbeitslosenproblem und seine ersten Folgen in praktischer und positiver Weise zu behandeln, sollte nach Ansicht der Exekutive der A. F. of L. der Präsident der U. S. A. eine nationale Wirtschaftskonferenz von Vertretern von Kapital und Arbeit einberufen. Eine solche Konferenz könnte das Problem in direkter Weise behandeln. Es könnte auf diesem Wege im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit mehr erreicht werden als von Regierungsorganen. Es scheint, daß das Problem von keiner anderen Stelle behandelt werden kann als von den Arbeitern und den Besitzern der Produktionsmittel.“

„Solle Hoover“, so jagte W. Green (Vorsitzender der A. F. of L.) gelegentlich der Exekutivung, diese Konferenz nicht einberufen, so muß er zugeben, daß die jetzige Wirtschaftsordnung des Landes ein absoluter Föhschlag ist.“

**Ausgebeutete!**

Die bürgerliche Presse steht im Golde Eurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

**Gerichtssaal**

**Die „Öffentliche Gewalttätigkeit“.**

Ein strapazierter Paragraf.

Prag, 5. September. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir uns gar so häufig mit dem „Einundachtzigsten“ (§ 81 St. G.) befassen müssen, jenen Sammelparagrafen, der eine ganze Anzahl prächtiger Tatbestände aufzählt, mit denen unsere geplagten Richter Tag für Tag besetzt sind. In erster Reihe sind es die Dien- der Obrigkeit, die durch diesen Paragrafen geschäftigt werden, und daß dieser „Schuß“ manchmal reichlich weit geht und zu Konsequenzen führt, die keineswegs erquicklich anmuten, weiß jeder, der sich halbwegs in unseren Gerichtssälen auskennt. In Oesterreich, das ja (von einzelnen kleinen Abweichungen abgesehen) heute noch das gleiche Strafgesetz hat wie wir, diesen zahlreichen Gesetzwörter von anno 1853, ist es nicht viel besser. Doch liegen die Verhältnisse dort insofern anders, als sich dort sogar Staatsanwälte finden, die den Mut haben, in offener Verhandlung den Auswüchsen entgegenzutreten, die die gesetzliche Privilegierung des Volksgewaltens notwendig im Gefolge haben muß.

Wohin die rigorose Auslegung des Paragrafentextes führen kann, zeigt der Umstand, daß unter Umständen die zufällige Berührung des Volksgewaltens mit dem Elbogen hinreicht, um den Tatbestand dieses Verbrechenens, das mit mehrmonatigem schwerem Kerker bedroht ist, zu erfüllen, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die Auslage der betreffenden Sicherheitsorgane (die ja doch Partei sind) mit Rücksicht auf ihren Amtseid fast stets den Ausschlag gibt. Wir haben da schon die merkwürdigsten Fälle erlebt, und ein solcher wurde auch heute vor OMA. Zitta zu Ende geführt.

Es handelt sich um eine kommunistische Manifestation, die von Gen darmen gesprengt wurde. Eine ganze Anzahl Personen kam vor Gericht. Es ist allgemein bekannt, daß bei solchen Massenverhaftungen stets ein beträchtlicher Prozentsatz Unschuldiger und selbst ganz Unberechteter zum Handlung kommt. Aber einen solchen Mißbrauch von amtlichen Befugnissen und privaten einläufigen Auslagen wie bei diesem Fall, hat man doch selten zu hören bekommen. Die angeklagten Elemente sahen, wie ihre Nachbarn, ein bescheidenes Ehepaar, verhaftet wurden. Sie sprangen herzu, um ihnen die Fahrräder, mit denen jene in die Stadt gekommen waren, abzunehmen, damit nicht vielleicht irgend ein Liebhaber billiger Fahrräder in patriotischer Aufwallung die kommunistischen Velozpede konfiszieren. Automatisch wurde auch der Hilfsbereite Mann verhaftet und als seine Frau ihn am Arm faßte und ansrief: „Laß ihn doch los, es ist doch mein Mann“ — da wurde auch sie mitgenommen. Nach der Aussage einer Zeugin soll ein Gen darm auf den Anruf der Frau geantwortet haben: „Wenn du deine Frau bist, dann gehst du auch zu ihm ins Loch.“ Von irgendeiner „Gewalttätigkeit“ wird selbst von den Sicherheitsorganen kein Erwähnen gemacht und dennoch — erhob die Prager Staatsanwaltschaft die Anklage nach dem „Einundachtzigsten“.

Die Sache wurde feinerlegt, neue Zeugen einvernommen und schließlich der Sachverhalt soweit geklärt, daß von einer „öffentlichen Gewalttätigkeit“ nicht die Rede sein konnte. Die Staatsanwaltschaft ließ aber die Anklage keinesfalls fallen, obwohl sie nach der Strafprozedur eigentlich aus eigenem Antrieb die entlassenden Momente zu berückichtigen hätte. Die völlig unhaltbare Anklage mußte indessen naturgemäß damit enden, daß der Tatbestand des § 81 als nicht gegeben erklärt wurde. Ganz leer gingen die Angeklagten freilich nicht aus. Das Gericht erblickte in der spontanen Hilfeleistung für die Verhafteten (durch Uebernahme der Räder) die Uebertretung der „Einmischung in eine Amtshandlung“ und verurteilte den Mann zu sieben, die Frau zu fünf Tagen Arrest, bedingt auf ein Jahr. Beide Angeklagten erfreuen sich eines ausgezeichneten Lebens.

Und unmittelbar anschließend wurde der gleiche Paragraf in Aktion gesetzt gegen einen begeisterten Anhänger eines Fußballklubs der gleichen Provinzialstadt, der gelegentlich der Austragung eines Wettspiels gegen den traditionellen Rivalen „Leines“ Klubs sich demwachen besaß, daß er über die Barriere schritt, auf dem Spielfeld schrie und exzidierte, den Schiedsrichter verprügelte und sich den Ortopolizisten widersetzte. Er jagt, er sei vollkommen bezirren gewesen. Die Polizisten erklärten ihn (das alte netische Spiel) für nächtlich, denn er habe sie nachher wegen seines Verhaltens am Verzeihung gebeten. Die Sache wurde verlegt und der Angeklagte wird mit seiner Anwartschaft auf fünf Monate Kerker (denn das ist der übliche Strafmaß) nach eine Weile in Hängen und Bangen verleben müssen, ehe das letzte Wort in dieser Verangelegenheit gesprochen sein wird.

### Kinderfreunde Prag.

Heute, Sonntag, den 6. September  
Ausflug ins Protokital.

Treffpunkt halb 10 Uhr vormittags  
Endstation der 3er Linie in Hlupocépy.

### Sport • Spiel • Körperpflege

#### Arm in Arm

Hakenkreuzler — „Rote Sportler“  
— Dr. Turner.

Die Volkseisenbahnerverbände von Dittler bis zur RPD und ihrem Sportverband bleiben sich trotz der Weite vom 9. August weiter treu. Am 23. August hielt der Berliner Teil des RPD-Sportverbandes im Neudöfner Stadion einen sogenannten „Roten Volkstag“ ab, bei dem die Spitze eines einmarschierenden Zuges von Rot-Sport-Leuten von 2 Hakenkreuzlern in voller Uniform angeführt wurde. Die Rote Fahne und die kommunistische Welt am Abend, Berlin, wagen es nicht, der Öffentlichkeit von dieser Verbrüderung Kenntnis zu geben. Lediglich die Arbeiter-Politik, das Organ der RPD-Opposition, schreibt in der Kritik über die Veranstaltung:

„Dagegen blüht auch schon kleiner auf Theater-erfolg berechneter Trick nicht, daß man an die Spitze eines Zuges der einmarschierenden Sportorganisationen zwei uniformierte SA-Leute mit ihren Hakenkreuzarmbinden setzt.“

Hakenkreuz am Stahelheim, Sowjetstern am Bond, Einheitsfrontrumpfen werden sie genannt.

Die Gemeinschaft des RPD-Sportverbandes (abgekürzt RSt. genannt) mit der Deutschen Turnerschaft mocht sich. Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür gab es am 26. Juli in Mündingen in Württemberg beim Sommerfest des Ruffsterns zu sehen. Die Arbeiter-Tribüne, das württembergische Organ der RPD-Opposition, meldet darüber niedergebündelt:

An der Spitze einer Musikkapelle, dann die Genossen der RSt. auf Fahrrädern, wieder eine Kapelle und zum Schluss die Deutschen Turner in ihrer Turnerkleidung. Ja, ja, ein schöner Schluss zieht alles. Arm in Arm, rote Arbeiter-Sportler und Deutsche Turner mit bürgerlichen Musikkapellen.

So sieht die vielgepriesene Einheitsfront aus.“

Die Deutsche Turnerschaft buhlt gegenwärtig um die Teilnahme der Arbeiter-Sportler an den Olympischen Spielen 1936 in Berlin. Beim RPD-Sportverband dürfte sie damit glänzenden Erfolg haben.

Im Sinne der RPD und ihres Sportverbandes liegt es auch, wie der vom Arbeiter-Turn- und Sportbund inzwischen ausgeschlossene und dem RPD-Sportverband beitretenen oppositionelle Verein in Krumbach im Odenwald an die Bezirksleitung des RStB, am 1. August schrieb, daß er zu seinem Sportfest alle Vereine aus der Umgebung einladet, „ob wild, ob Deutsch, ob Opposition, ist uns schnuppe“.

Der Nachbarverein von Krumbach, Fürth i. O., nahm geschlossen an einer kommunistischen Bezirkspartifade teil. Zur selben Zeit stellte dieser Verein der Kirchengemeinde seine Turnhalle zu einem Kirchenfest zur Verfügung. Als der Arbeiter-Turn- und Sportbund Aufschluß über die Zusammenhänge wünschte, war die sonst so revolutionäre Vereinsleitung zu feig zu antworten. Der RPD-Sportverband dagegen sieht in Fürth

i. O. eine seiner besten revolutionären Stützen im Odenwald.

Die Verbrüderungsaktionen des deutschen kommunistischen Sportverbandes mit dem bürgerlichen Lager sind im Rahmen der Moskauer Sportinternationale (RSD) keine Absonderlichkeiten, sondern nur Selbstverständlichkeiten; denn der RPD-Sportverband macht nur nach, was Rußland und die Leitung der RSD. tut. Die bürgerliche Presse berichtete z. B. vor wenigen Tagen aus Moskau und Leningrad von einem Fußballwettkampf der Auswahlmannschaft der Sowjet-Republik gegen die Nationalmannschaft der Türkei, dem — das wird besonders hervorgehoben, — zahlreiche Regierungsvertreter und Diplomaten beiwohnten.

### Kunst und Wissen

**Morgen Gastspiel Gisela Werbezirt.** Morgen, Dienstag, beginnt Gisela Werbezirt in der Kleinen Bühne ihr Gastspiel mit dem Alt-Prager Musikstück „Käsele Rosenrot“, worin sie Gelegenheit hat, sich dem Prager Publikum von einer völlig neuen Seite, nämlich als Gasthauswirtin aus dem Prag der Vierermeierei, zu zeigen. Das Bühnenwerk von Paul Knepler, für das Beda die Gesangsleiterin und Leo Hader die Musik schrieb, ist von Rudolf Stobler inszeniert. Kostüme: Trude Volkner. Dirigent: Ernst Walzand.

**Die Premiere „Der Graue“.** Schauspiel in vier Akten von Friedrich Forster, findet Mittwoch, den 8. ds. in der Inszenierung von Max Diehl statt. Mitwirkende: Pöschl, Keineke, Wamholz, Kida, Götzl, Kühne, Padeljat, Reinhardt, Renner, Achling, Ströhlin.

**Die Uraufführung der neuen Komödie „Rina“** von Franz Frank findet in der Kleinen Bühne am Samstag, den 12. ds. statt. Regie: Friedrich Götzl.

**Wochenplan der Kleinen Bühne.** Sonntag, 7. Uhr: „Der Freischütz“ (22-III). — Montag, 7.30 Uhr: „Sophtel auf dem Theater“, „Die Witzschuldigen“, „Die Laune des Verliebten“ (24-IV). — Dienstag, 7.30 Uhr: Gastsp. Gisela Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Mittwoch, 7.30 Uhr: Premiere: „Der Graue“ (25-I). — Donnerstag, 7.30 Uhr: Gastsp. Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Freitag, 7.30 Uhr: „Entführung aus dem Serail“ (26-II). — Samstag, 7.30 Uhr: Gastsp. Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Sonntag, 7.30 Uhr: „Der Graue“ (27-III). — Montag, 7.30 Uhr: Gastsp. Werbezirt: „Käsele Rosenrot“.

**Wochenplan der Kleinen Bühne.** Sonntag, 7.30 Uhr: „Antimitäten“. — Montag, halb 8 Uhr: Gastsp. Gisela Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Dienstag, 7.30 Uhr: „Antimitäten“. — Mittwoch, 7.30 Uhr: Gastsp. Gisela Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Donnerstag, 7.30 Uhr: „Antimitäten“. — Freitag, 7.30 Uhr: Gastsp. Gisela Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Samstag, 7.30 Uhr: Premiere: „Rina“. — Sonntag, 7.30 Uhr: Gastsp. Werbezirt: „Käsele Rosenrot“. — Montag, halb 8 Uhr: „Rina“.

### Aus der Partei

**Sektion sozialdemokratischer Beamter.** Am Dienstag, den 8. September, um halb 7 Uhr, findet eine Sitzung der sozialdemokratischen Beamten im Café Monopol, gegenüber dem Mainarzbahnhof, statt.

**E. J. Proeg, Gruppe I.** Am Dienstag findet in der Oper ein Probeabend statt. Wir lernen Sprechchöre und Lieder für den internationalen Jugendtag und unsere Wahlpropagandafahrten ein. Erscheint darum alle. Wir beginnen um halb 8 Uhr.

feres Protektieren oder durch Schweigen die eigene Blamage vergrößern? Sein Regent-Kollege im „Prager Tagblatt“, „r. v.“, der vor dem Gastspiel um Verständnis für Brods Entrüstung geworben hatte, findet es nunmehr „lebensdienlicher, wie Fallenberg, hingewandert über das geschätzte Eigenvergnügen, das Brod und Reimann ihm wertvoll haben“, seinen Schwefel spielen. Können die Herren etwa, daß es besser sei, keine Fortsetzung der reißerischen Wirkung des ersten Projekts herbeizuführen?

Nun zu Stück und Aufführung selbst (die man eben nicht getrennt besprechen kann, weil man nicht weiß, wo Brod und Reimann angefangen, wo Fallenberg und Beer aufgehört haben). Die 15 Bilder enthalten eine Reihe köstlicher Szenen und Stoff zum Lachen gibt es, da eben Pelerberg auf der Szene steht, unabhängig viel. Die Tumultreue, die schlaue Ehrlichkeit, mit der er den kühnen gelben Patriotismus, die Weltkriegsgemeinschaft und den Weltkriegsdiktator, den hilflosen Wächter und den katastrophalen Ernst der Soldatenplakate niederspielt, ist übermäßig. Für den bewußten, nicht nur entkeimten, sondern über die schweizerische, sondern absolute Antimilitaristen sind eifrige Szenen von hundert der Wirkung. Aber eine wirkliche Durchdringung des Militarismus durch die Bearbeiter hat nirgends statt, man sucht vergeblich nach einem offener und mutigen Wort, mit dem sie den Hintergrund dieses eben ledig zu stark militärisch-wankhaft wirkenden Stückes aufreißt würde. Die Regie ist nicht immer sehr glücklich. Im Verlauf des Spiels erscheint ein einzigesmal ein Textband über der Szene — und das ist völlig unwir-

## Ueberzeugen

## Sie sich

von den Vorzügen der **Minerva-Nähmaschine.**

Sie kann wie für grobe so auch für feinste Arbeiten benützt werden. **Minerva** näht, faltet, stickt. Vorführung in jeder besserer Nähmaschinen-Handlung



# Minerva

### Vereinsnachrichten

#### „Urania“

Wochenprogramm.

**Sonntag, halb 11 Uhr:** „Götter von Berlin“, Kulturfilm-Vorführung.

**Montag, 9 Uhr:** „Götter von Berlin“, Kulturfilm-Vorführung.

**Dienstag, 3 Uhr:** Besichtigung der „Radio-messe“ unter Führung des Urania-Radiobundes. Treffpunkt: vor der Radiomesse.

**Dienstag, 8 Uhr:** Radioband, Klubabend, Beratungsstelle. Gäste willkommen.

**Mittwoch, 3 Uhr:** Erster Kindernachmittag: „Frau Holle“, Puppentheater.

**Samstag, 12. d. M., 3 Uhr:** „Dänemark, das grüne Inselreich“, Kulturfilm.

**Sonntag, 12. d. M., halb 4 Uhr:** Erste Kunstwanderung: „Altorientalische Kunst“, Führung: Dr. R. Rejter.

**Mitglieder-Anmeldungen und Mitgliedsarten-Erneuerung.** Hauptkarte 18 K mit den Begünstigungen: 1. Kostenloser Bezug der illustrierten „Monatsschrift für moderne Bildungspflege“, sowie des „Goethe-Jahrbuchs“ (Heft-Monatsheft); 2. 20 bis 25 Prozent Ermäßigung bei allen Urania-Beranstaltungen; 3. Besuch der Karte (nur für Mitglieder); 4. ermäßigte Karten zu zahlreichen Veranstaltungen der Prager Kongressdirektionen. — Anzahlskarte für Familienangehörige 3 K mit den gleichen Begünstigungen bei den Veranstaltungen.

**Kassen täglich.** Urania-Kasse: halb 10 bis halb 1 und 3 bis 7 Uhr. Telefon 26321.

### Der Film

**„Pension Schöller“.** Uraufführung! Lustspiel im Braun-Urania-Kino. Urmomische Typen in einem fidelem Pensionat. In dem ausgelassenen Durcheinander begreifen wieder die beliebigen Komiker: Fritz Schulz, Kampers, Heidemann, Veiperman. Sonntag, 2 (keine Preise), 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Nicht erhöhte Preise.

jam. Und dem für die musikalische Unterhaltung Verantwortlichen möchte ich sagen, daß auf mich (und wohl auch auf viele andere) die Kolorphonie, die so einmal losgelassen wird, nicht nur nicht im mindesten komisch wirkt, sondern daß es zum Zerschmelzen war!

Wenn man trotz aller Fein- und Ader die Erinnerung an einen losbaren Abend mit Heim-nahme, so nur dank der einzigartigen Kunst Fallenberg, die sich allerdings dort am überzeugendsten manifestiert, wo Fallenberg Fallenberg und nicht Schweif, wo er nicht der aus bäuerlicher Erde stammende Böhm ist, sondern der Intelligenzler. Der so genial zu bilden, mit der Sprache zu spielen, ruffisch abzugeben und mit feinem ganzen Körper Komödie zu machen versteht. Und dort, wo man trotz der Beschränkungen, die sich Fallenberg im Wismakeln auferlegen mußte, den unvergesslichen „Schimmel“ wieder vor sich zu sehen meint. Daß sich Fallenberg mit ein paar lebens-würdig-kling eingestrichen (schleichlich gehungenen Taktchen Sonderapparat bei einem Teil des Publikums holte, wird jedermann verstehen.

Ueber die große Zahl der Volkstheater-Schauspieler ist im allgemeinen nur Gutes zu sagen. In einer besonderen Leistung bietet sich fast gar keine Gelegenheit, denn die Rollen sind sehr bel-nabe durchwegs bloße Stichwortbringer für Fallenberg, dessen Schwefel die Bearbeiter auf weite Strecken zu einem Renegaten zurechtgemacht haben.

Das Haus war zwar nicht premierenhaft, aber gut besucht; die Stimmung stimmungselle so heiter und laut, daß manches von dem meist sehr verhalten gesprochenen Worten Fallenberg verloren ging.



### Bezirksorganisation Prag.

Mittwoch, den 9. September 1931, abends 7 Uhr im großen Saale des Dobrovodum, Prag II, Verstejn.

### Plenar-Versammlung.

Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

Die Bezirksleitung.

### Literatur

„Europa-Wirtschaft.“ Immer häufiger wird v. Forderung erhoben, entsprechend dem russischen Fünfjahresplan auch für Europa einen Plan des Neuaufbaues seiner Wirtschaft zu entwerfen und durchzuführen. Die Vorarbeiten einer solchen europäischen Planwirtschaft werden im Septemberheft der „Europa-Wirtschaft“ (Verlag Dr. Walter Rothchild, Berlin-Grünwald) erörtert. Der Herausgeber Dr. Wilhelm Groffkopf legt dar, daß man das Chaos in Mittel- und Südosteuropa nur durch einen planmäßigen Neuaufbau der Wirtschaft überwinden könne. Dr. Claus Hartwig untersucht, wie eine solche Planwirtschaft möglich ist, und legt dar, daß es bei einem planmäßigen Neuaufbau der europäischen Wirtschaft vor allem darauf ankomme, die Produktion auf die günstigsten Standorte zu konzentrieren, die unrentablen Wirtschaftszweige sich selbst zu überlassen und so die Bahn frei zu machen für eine bessere und rationellere Güterwirtschaft. Auch in einer Planwirtschaft müsse der Gedanke der Rentabilität, der Gedanke des Ertrages höchstes Prinzip sein. An Beispielen und weiteren Einzelausführungen wird näher gezeigt, welches Gesicht eine solche europäische Planwirtschaft tragen muß. Hinzu kommen einige andere interessante Beiträge, so wird ausführlicher eingegangen auf Gefühlsprotektionismus, auf die mitteleuropäische Eisenindustrie, auf das Verhältnis Deutschland-Frankreich und auf die Saager Verhandlungen über die Zollunion.

In das Heim des Klassenbewußten  
Arbeiter gehört d. Zentralorgan.  
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei  
„Sozialdemokrat“

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des  
Konsumvereines SELCHWAREN der Firma  
HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN  
SIND DIE ALLERBESTEN!

### Ia. Presshefe

von bester Triebkraft und Haltbarkeit liefert

Presshefefabrik  
der Landw. Zuckerfabriks-  
Aktien-Gesellschaft,  
Mähr. Neustadt-Untööv.